

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

8 (10.1.1952)

ETTLINGER ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.)
Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.00, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./58. Jahrgang

Donnerstag, den 10. Januar 1952

Nr. 8

England und USA arbeiten zusammen

Kommuniqué der Washingtoner Verhandlungen — Churchill nach New York abgereist
Washington (UP). Premierminister Churchill ist am Mittwochabend mit dem Zug von Washington nach New York abgereist. Er wird dort zwei Tage als Gast von Bernard Baruch verbringen und dann nach Ottawa reisen.

Ein gemeinsames Kommuniqué über die Verhandlungen Churchills und Trumans, das kurz vor der Abreise des Premiers ausgegeben wurde, stellt u. a. fest: „Unsere beiden Regierungen werden auch in Zukunft die Bestrebungen zur Errichtung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft unterstützen. Wir glauben, daß dies der beste Weg ist, um ein demokratisches Deutschland als vollgültigen und gleichberechtigten Partner in eine rein defensive Organisation zur Verteidigung Europas einzuführen. Die Verteidigung der freien Welt wird durch die Schaffung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft als Bestandteil einer stetig wachsenden atlantischen Gemeinschaft verstärkt und gefestigt werden.“

Im Kommuniqué wird ferner erwähnt, daß die amerikanischen Luftstützpunkte in Großbritannien im Fall eines Krieges nur mit Genehmigung der britischen Regierung ausgenutzt werden.

Bezüglich des Nahen Ostens wird erklärt: „Unsere Regierungen sind entschlossen, die Stabilität, die friedliche Entwicklung und den Wohlstand der Staaten des Nahen Ostens zu fördern. Wir haben festgestellt, daß unsere Ziele in diesem Teil der Welt vollkommen identisch sind. Wir glauben, daß so schnell wie möglich ein alliiertes Nah-Ost-Kommando errichtet werden muß, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen. Wir hoffen auch, daß die Initiative der Weltbank zu einer Lösung der Frage des iranischen Öls führen wird, die für alle interessierten Parteien annehmbar ist.“

Über den Fernen Osten heißt es, daß das gemeinsame Ziel der Bekämpfung des Kommunismus die Meinungsverschiedenheiten über die China-Politik in den Hintergrund treten lasse. Die Maßnahmen der UN gegen die Aggression in Korea würden weiter voll unterstützt werden, bis dort Frieden und Sicherheit wiederhergestellt seien.

Im Kommuniqué wird ferner erwähnt, daß der Austausch wichtiger knapper Rohstoffe mit gutem Erfolg erörtert wurde. Dabei sei besonders der britische Bedarf an Stahl und der Bedarf der USA an Aluminium und Zinn geprüft worden. Die Verhandlungen darüber würden weitergeführt.

MacArthur contra Eisenhower

Hillsboro, New Hampshire (UP). General MacArthur wird als Republikaner für die Vorwahlen im Staat New Hampshire nominiert werden, wo auch General Eisenhower vom republikanischen Senator Lodge aufgestellt worden ist. Die Vorwahlen in New Hampshire finden am 11. März statt.

Präsident Truman hat die demokratische Parteioffiziersorganisation im Staate Minnesota gebeten, ihn nicht für die Vorwahlen in Minnesota zu nominieren. Truman hat darum, an seiner Stelle den demokratischen Senator Humphrey aufzustellen. Die Weigerung Trumans, sich in Minnesota nominieren zu lassen, läßt keinerlei Schlüsse auf seine Absichten zu. Es ist durchaus möglich, daß er sich später noch entscheidet, für die Wiederwahl zu kandidieren und vorläufig seine Absichten noch verschleiern will.

Jerusalem verhandelt mit Bonn

Israel beharrt auf deutscher Kollektivschuld
Jerusalem (UP). Das israelische Parlament beschloß mit 61 gegen 50 Stimmen, dem Außenpolitischen Ausschuß und dem Verteidigungsausschuß des Parlaments die direkten Verhandlungen mit der Bundesrepublik über die jüdischen Wiedergutmachungsforderungen zu übertragen. Außenminister Mosche Scharetz erklärte in seiner abschließenden Stellungnahme, die Verantwortung für die Ausrottung der Juden in Deutschland liege beim deutschen Volk als Ganzes. Es seien keine überzeugenden Zeichen dafür vorhanden, daß der Haß gegen die Juden in Ost- und Westdeutschland verschwunden sei. Man könne aber mit den Reparationsforderungen nicht bis zu einer endgültigen Friedensregelung warten.

Acht Polizisten, die bei den Zusammenstößen vor dem Parlament verwundet wurden, liegen noch im Krankenhaus. 63 Personen werden in Untersuchungshaft gehalten. 2000 Mitglieder der Regierungspartei Mapai hatten am Mittwoch zusammen mit der Polizei Stellungen in Straßen und auf Dächern im Umkreis von einem halben Kilometer um das Parlamentsgebäude bezogen, um die Abgeordneten vor weiteren Angriffen zu schützen.

Bundesfinanzminister Schäfer und Sicherheitskommissar Blank erörterten mit Finanzexperten der Hochkommission die Möglichkeiten zur Finanzierung eines deutschen Verteidigungsbudgets.

Eine Gesellschaft für Wehrkunde, an deren Spitze mehrere Generale der ehemaligen deutschen Wehrmacht stehen sollen, ist in aller Stille in München gegründet worden.

Beginn der Schumanplan-Debatte

Adenauer fordert: Ja! — SPD antwortet: Nein! — Harter Meinungskampf im Bundestag

Bonn (UP). Der Bundestag begann am Mittwoch mit der Lesung des Ratifizierungsgesetzes zum Montanvertrag. Während Bundeskanzler Dr. Adenauer das Parlament in einer Regierungserklärung zur Annahme des Schumanplans aufforderte, ließ die SPD durch ihre Sprecher das „Nein“ der Opposition vortragen und begründen.

Da sich der Bundestag vorgenommen hat, in der zweiten Lesung zuerst die wirtschaftlichen, dann die sozialpolitischen, schließlich die rechtlichen und allgemein-politischen Fragen nacheinander zu behandeln, äußerten sich alle Debatte-Redner am Mittwoch nur zu wirtschaftlichen Problemen. Wann und ob die dritte Lesung überhaupt in dieser Woche stattfindet, hängt davon ab, ob die von der SPD beantragte Aussetzung dieser Beratung angenommen wird, wofür allerdings wenig Aussicht besteht.

Die historische Sitzung des Bonner Parlaments in Anwesenheit aller Bundesminister und des Bundesrats begann vor überfüllten Zuschauer- und Pressetribünen mit dem Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, den der FDP-Abgeordnete Hermann Preussler vortrug und der in der Empfehlung der Ausschlußmehrheit an das Plenum gipfelt, dem Vertrag zuzustimmen. Außer dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß haben sich auch der Außenpolitische Ausschuß und der Bundesrat mit Vorbehalten für die Annahme des Ratifizierungsgesetzes ausgesprochen.

Entscheidung für Europa

Die Bedenken des Bundesrats und der Ausschüsse des Bundestages sowie die Einwände der SPD-Opposition versuchte der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung zu zerstreuen und zu entkräften. Er versicherte, die Ruhrbehörde würde aufgelöst und die alliierten Industriekontrollen und Produktionsbeschränkungen beseitigt, sobald die Montan-gemeinschaft Wirklichkeit geworden sei. Am Status der Saar werde sich durch den Schumanplan nichts ändern; der deutsche moralische und rechtliche Anspruch auf das Saarland bleibe bestehen. Auch die Ostzone werde durch den Kohle- und Stahlpakt nicht endgültig vom Bundesgebiet getrennt. Der Vertrag respektiere vielmehr die bestehende Verknüpfung und halte den Weg zum späteren Anschluß offen. Berlin werde aus der Gemeinschaft Vorteile ziehen, obwohl es selbst aus besatzungsrechtlichen Gründen noch nicht Vollmitglied werden könne.

„Wenn dieser Schritt — die Schaffung der Montan-Union — nicht getan wird, besteht in absehbarer Zeit für Europa keine Hoffnung mehr, es besteht keine Hoffnung für wirtschaftliche und politische Gesundheit“, rief der Bundeskanzler dem Bundestag am Schluß der Regierungserklärung zu. „Hier und jetzt muß also der Anfang gemacht werden, an Sie alle, ohne Unterschied der Partei, richtet die Bundesregierung die Bitte, in gleicher Weise wie es die niederländische und die französische Volksvertretung getan haben, sich für Europa zu entscheiden. Ich bitte Sie, eine Entscheidung zu treffen, die der Größe der Stunde gerecht wird.“

Als Sprecher der Regierungsparteien wiederholten die CDU-Abgeordneten Günther Henle und Franz Eitel die politischen Vorteile der Montan-Union, schlossen sich aber gleichfalls den bereits im Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses vorgetragenen

Bedenken wegen der „handicaps“ des Vertrages an. Beide bekannten sich jedoch mit der Bundesregierung zu der Auffassung, daß etwas Großes nur durch ein Wagnis geschaffen werden könne, und traten für die Ratifizierung des Vertrages ein.

Eitel begründete bei dieser Gelegenheit einen gemeinsamen Antrag der Regierungsparteien, durch den CDU, FDP und DP ihre Zustimmung zur Vorlage mit der Forderung nach weiteren Garantien seitens der Bundesregierung verbinden. So soll die Regierung alle Schritte unternehmen, um dem deutschen Kohlenbergbau und der Stahlindustrie die volle Gleichberechtigung und die besten Wettbewerbsbedingungen auf dem Schumanplan-Markt zu verschaffen.

Die Argumente der Opposition

Auch die SPD hat eine Reihe von technischen und rechtlichen Garantien gefordert, wenn der Bundestag dem Gesetz seine Billigung geben sollte. Ihr Sprecher, Fritz Henfler, lehnte die Montan-Union im wirtschaftlichen Interesse Deutschlands ab. Die SPD sei nicht gegen den Schumanplan, weil sie gegen Europa sei, sondern sie wolle einen vernünftigen Anfang bei der Schaffung eines einigen Europas. Die Geschichte des Vertragswerkes und auch die Debatte über den Schumanplan in der französischen Nationalversammlung habe deutlich gezeigt, daß der nationalgeopolitische Interessen der Franzosen verfolge. Die Franzosen wollten über die deutsche Ruhrkohle verfügen, damit sie ihre Stahlindustrie mit der nötigen Kohle versorgen könnten. Henfler meinte, die Ruhrbehörde solle zwar aufgelöst werden, doch würden ihre Funktionen lediglich auf die Höhe Behörde des Schumanplans übergehen, in der das Stimmverhältnis für Frankreich nicht ungünstiger sei. Eine deutsche Wettbewerbsfähigkeit auf der Basis gleicher Bedingungen werde in der Montan-Union nicht gewährleistet. Für die anderen Teilnehmerstaaten sei lediglich wichtig, durch den gemeinsamen Markt zu günstigen Bedingungen, deutsche Kohle zu beziehen.

Das unterschiedliche Verhältnis zwischen der „deutschen Dekonzentration“ und der „französischen Konzentration“ in der Schwerindustrie, suchte der zweite SPD-Redner, Dr. Joachim Schöne, nachzuweisen. Den früher bestehenden 11 Unternehmungen im Ruhrgebiet stünden heute 24 neue Gesellschaften gegenüber. In Deutschland sei die organisch gewachsene Verbundwirtschaft zerissen worden und die Durchführung des Erzrhüttenverbundes noch völlig unklar. Im umgekehrten Verhältnis dazu stünden die Einrichtungen in Frankreich, der Saar, Belgien und Luxemburg.

Als letzter Redner der Debatte nannte der Kommunist Friedrich Rische den Schumanplan einen „Trumanplan“, der alle amerikanischen Interessen berücksichtige die zur Auslösung des dritten Weltkrieges führen würden. Zu der Bemerkung des Kanzlers, im Schumanplan sei festgelegt, daß auch die sowjetische Besatzungszone Aufnahme finden könne, müsse er entgegnen, daß die DDR ein Hort des Friedens sei, die alles für die Einheit Deutschlands tun und sich das Diktat des Schumanplanes niemals gefallen lassen werde.

Der Bundestag setzt seine Debatte am Donnerstag vormittag fort.

75000 Mann deutsche Luftwaffe vorgelesen

Mit Düsenjägern und Schlachtflugzeugen

Bonn (UP). Sicherheitskommissar Blank hat bekanntgegeben, daß für die faktische Luftwaffe der Europa-Armee 75 000 Deutsche vorgesehen sind. Die in Aussicht genommenen 12 deutschen Divisionen werden sich in sechs Panzer- und sechs motorisierte Divisionen gliedern.

Die Grundeinheit der Luftwaffen-Verbände ist die Halbbrigade, die in ihrer Stärke etwa dem früheren deutschen Geschwader entspricht. In technischer Hinsicht sind für die deutschen Piloten modernste Düsenjäger und Schlachtflugzeuge vorgesehen. Die Panzerdivisionen sollen einen Kern von 280 bis 300 Panzern haben. Die Divisionsstärke liegt bei 12 000 Mann. Sie wird durch Sonderformationen, wie Granatwerferverbände und Artillerieeinheiten erhöht.

Die deutschen Sachverständigen erstreben nach den Angaben Blanks eine Dienstzeit von einhalb Jahren. Dadurch könne gewährleistet werden, daß bei einer turnusmäßigen Entlassung und gleichzeitiger Einberufungen von einem Drittel die effektive Kampfstärke der Divisionen gewahrt werden kann. Die Rekrutierung der Soldaten soll nach dem Vertragsentwurf eine nationale Angelegenheit bleiben, bis der Ministerrat einen europäischen Rekrutierungsplan ausgearbeitet hat. Nach dem französischen Sprachgebrauch versteht man unter „Rekrutierung“ sowohl die Registrierung und Musterung als auch die Wehrüberwachung.

Beim Auftreten eines nationalen Notstandes kann jede Regierung nach den bisher in Aus-

sicht genommenen Vertragsformulierungen verlangen, für eine befristete Zeit das nationale Kontingent aus der europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu entlassen und es für diesen Zeitraum der Verfügungsgewalt der antragstellenden Regierung zu unterstellen. Auch über die deutschen Arbeitsgruppen der Besatzungsmächte in Deutschland soll eine vertragliche Regelung erfolgen. Die Bundesregierung will die Unvereinbarkeit solcher Arbeitsgruppen mit dem Prinzip der Verteidigungsgemeinschaft im Vertragstext schriftlich niederlegen.

Das europäische Verteidigungskommissariat wird wahrscheinlich als ein „Mehr-Mann-Kollegium“ aus drei bis vier Persönlichkeiten gebildet werden. Es ist das Exekutiv-Organ der europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Mit Sicherheit kann nach Angaben untrichteter Kreise angenommen werden, daß eines dieser Mitglieder des Kollegiums ein deutsches sein wird. Das Kommissariat soll für drei Jahre von den Regierungen ernannt werden. Es unterliegt der Kontrolle des geplanten Parlaments. Ihm unterstehen ferner die Stäbe und Territorialtruppen. An der Spitze der nationalen Kontingente soll ein Kommandeur von der gleichen Nationalität stehen.

Die USA sind einverstanden

In amerikanischen Regierungskreisen wurde — wie man aus Washington erfährt — erklärt, daß die deutschen Vorschläge für den Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik in den wesentlichen Punkten mit den Forderungen der USA übereinstimmen. Nach amerikanischen Versionen sehen die ausgearbeiteten Pläne die Aufstellung einer Streitkraft von insgesamt 285 000 Mann vor, einschließlich einer Marine zum Küstenschutz und taktischer Luftstreitkräfte. Zu den 12 Divisionen der Landstreitkräfte sollen noch etwa 100 000 Mann Nachschub- und Spezialverbände kommen.

Die Alliierten — so heißt es in dieser Verlautbarung ferner — seien damit einverstanden, daß die deutschen Streitkräfte auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht aus 18- bis 21-jährigen jungen Männern aufgestellt werden. Eine Freiwilligen-Armee werde abgelehnt, da sie nur zur Wiederherstellung der ehemaligen Berufsarmee führen würde. Schließlich sollen keine Offiziere eingestellt werden, die sich in der Hitlerzeit in nazistischem Sinn betätigt haben. Generale, die nach dem Jahre 1933 in den Militärdienst eingetreten seien, kämen jetzt ebenfalls nicht in Frage.

In amerikanischen Regierungskreisen wurde in diesem Zusammenhang betont, daß diese Vorschläge als Grundlage für einen deutschen Verteidigungsbeitrag im Rahmen der Europa-Armee oder eines Kontingents der atlantischen Armee General Eisenhower dienen könnten. Ferner wurde hervorgehoben, daß zur Zeit ein deutscher Verteidigungsbeitrag nur im Rahmen der Europa-Armee erwogen werde.

Eine Kriegsgefangenen-Note

Die USA forderten die Sowjetunion formell auf, die Bemühungen der UN um die Rückführung der noch immer in Osteuropa und der Sowjetunion festgehaltenen deutschen und japanischen Kriegsgefangenen zu unterstützen. Eine entsprechende Note wurde dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Gusev vom amerikanischen Geschäftsträger Cumming übergeben; ihren Wortlaut übergab die US-Hochkommission auch der Bundesregierung. Die sowjetische Regierung wird darin ersucht, ihre ablehnende Haltung gegenüber der Erörterung der Kriegsgefangenenfrage durch die UN aufzugeben und einen Vertreter zu der am 21. Januar in Genf beginnenden Konferenz der UN-Kommission für Kriegsgefangene zu entsenden. „Die menschliche Tragödie der fortgesetzten Zurückhaltung von Hunderttausenden von deutschen und japanischen Staatsangehörigen, die im Laufe des Krieges in die Hände der Sowjets gefallen sind und die nicht repatriert wurden und über deren Schicksal keine Auskunft erteilt wird, braucht kaum noch betont zu werden“, heißt es u. a. in dieser Note.

Verhandlungserfolg Erhards

Bei den Verhandlungen zwischen Bundeswirtschaftsminister Erhard und Sachverständigen der Alliierten über das vorgesehene deutsche Kartellgesetz seien „ausgezeichnete Fortschritte“ erzielt worden, gab die Hochkommission bekannt. Es werde angenommen, daß in Kürze zwischen den Verhandlungspartnern vollständige Einigung über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Beseitigung von Wettbewerbsbeschränkungen erzielbar und der Gesetzentwurf schon bald Bundesrat und Bundestag zur Beschlussfassung zugeleitet werden könne. Zwischen den Verhandlungspartnern bestünden keinerlei grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten mehr. Es handle sich im wesentlichen nur noch darum, eindeutige Formulierungen festzulegen.

Feitenhansl auf freiem Fuß

München (UP). Die 3. Strafkammer des Landgerichts München I hat den Haftbefehl gegen Karl Feitenhansl nach einer Sicherheitsleistung von 1000 DM ausgesetzt. Feitenhansl befindet sich wieder auf freiem Fuß; ihm wurde vorgeworfen, durch die Fingerring eines angeblich geplanten Mordanschlags auf Innenminister Dr. Höpner eine umfassende Aktion gegen die vermeintlichen Attentäter ausgelöst zu haben. Drei Züge der Bereitschaftspolizei mußten damals den bayerischen Landtag und zwei weitere Ministerialgebäude beschützen.

12 Verschnittene lebend geborgen

Gelsenkirchen (UP). Nach 27stündigen ununterbrochenen Bergungsarbeiten sind die seit Dienstagvormittag verschütteten 12 Bergleute aus der Schachtanlage „Graf Bismarck“ in Gelsenkirchen jetzt lebend und ohne wesentliche Verletzungen geborgen worden. Auf der Schachtanlage war ein Streb in einer Länge von 90 Metern eingebrochen und hatte ursprünglich 13 Bergleute eingeschlossen. Einer von ihnen konnte aber bereits kurz nach dem Unglück mit leichten Verletzungen geborgen werden.

Von den Sowjets festgehalten

Heisinki (UP). Das seit einigen Tagen überfällige deutsche Motorschiff „Elbing IV“ der Lübecker Reederei A. Zedler ist in seinem Bestimmungshafen Kotka/Finland eingetroffen. Wie aus den bisher vorliegenden Berichten hervorgeht, ist das Schiff auf seiner Fahrt von Stockholm, das es am 28. Dezember verlassen hatte, von dem Schiffsahrtsweg abgelenkt und in estnischen Gewässern am darauffolgenden Tag von sowjetischen Küstenwachbooten aufgebracht worden. Nachdem die Sowjets das deutsche Motorschiff zehn Tage lang festgehalten hatten, erhielt es die Erlaubnis zur Weiterfahrt.

Die Gaullisten lehnten ab

Pineau gescheitert — Jetzt Bidault an der Reihe
Paris (UP). Die Gaullisten verzichteten überraschenderweise auf die Übernahme der Regierung und erklärten, Frankreich brauche eine Änderung der Verfassung, welche die Bildung starker Regierungen erlaube, und nicht eine neue Ausgabe der verschiedenen Nachkriegskoalitionen.

Rücktritt der belgischen Regierung

Senatsausschuss billigt Schumanplan
Brüssel (UP). Ministerpräsident Pholien, der seit mehreren Wochen wegen seiner Wirtschaftspolitik von den Anhängern seiner eigenen Partei scharf angegriffen wird, hat beschlossen, mit seinem gesamten Kabinett zurückzutreten.

Der 67jährige Pholien — im Zivilberuf Rechtsanwalt — stand seit dem 15. August 1950 an der Spitze der belgischen Regierung. Er übernahm diesen Posten unmittelbar nachdem zwischen den großen Parteien ein Kompromiß in der heißumstrittenen Königsfrage erzielt worden war, die beinahe zum Ausbruch eines Bürgerkrieges geführt hätte.

Hochverrats-Klage gegen Starhemberg?

Wien (UP). Aus höchsten österreichischen Regierungskreisen verlautet, daß Ernst Fürst Starhemberg, sobald er in Österreich erscheinen sollte, unter Anklage des Hochverrats gestellt werden soll. Es wird ihm die Verletzung der österreichischen Verfassung bei der Unterstützung des faschistischen Regimes des ehemaligen österreichischen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß vorgeworfen.

„Flying Enterprise“ kaum zu retten

Hohe Auszeichnungen für Kapitän Carlsen
Falmouth (UP). Der amerikanische Zerstörer „Keith“ meldete, daß er Vorbereitung für die Rettung Kapitän Carlens und des Maaten Dancy treffe, falls die beiden ins Wasser springen müßten. Die „Flying Enterprise“ treibt jetzt, nachdem das Schlepptau gerissen war und alle Versuche fehlschlugen, das Wrack wieder in Schlepp zu nehmen.

Ehrenhafte Gleichberechtigung

Das politische Programm Trumans — Auf der rechten Straße des Friedens

Washington (UP). Präsident Truman sprach in seiner jährlichen Botschaft an den Kongreß über die „Lage der Nation“ die Hoffnung aus, daß die Bundesrepublik in diesem Jahr auf Grund neuer Vereinbarungen „in einer ehrenhaften und gleichberechtigten Stellung ihren Platz in der Verteidigung Westeuropas“ und an der Seite der daran beteiligten Nationen einnehmen werde.

Die freie Welt stehe noch immer im Schatten eines neuen Weltkrieges, sagte der Präsident in seinem außenpolitischen Rundblick. Wenn jedoch das gegenwärtige Programm zur Sicherung des Friedens mit Mut und Entschlossenheit in die Tat umgesetzt werde, bestehe kein Zweifel, daß die freie Welt am Ende dieses Jahres bedeutend stärker und gesicherter dastehe.

um die friedliche Lösung bestehender Differenzen bemüht. 8. Produktion neuer Waffen im Werte von 16 Milliarden Dollar und die erfolgreiche Weiterentwicklung von Atomwaffen. 9. Verbesserung der amerikanischen Wirtschaftslage.

Der Präsident hob in diesem Zusammenhang die wachsenden Schwierigkeiten hervor, denen sich Sowjetrußland gegenübersehen und die nicht mehr verheimlicht werden könnten hinter dem Eisernen Vorhang mache sich zunehmender Widerstand bemerkbar. Trotzdem sei die militärische Macht Sowjetrußlands ständig im Wachsen. Demgegenüber sei die Rüstungsproduktion der USA noch unzureichend. Alle bisherigen Bemühungen zur Abwehr eines etwaigen Angriffes seien hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Auf innenpolitischem Gebiet empfahl der Präsident „einige Erhöhungen“ der aktiven Streitkräfte mit dem Schwerpunkt auf der Luftflotte. Er kündigte an, daß das Preis- und Lohnstabilisierungsprogramm in Kraft bleiben werde. Eine Senkung der gegenwärtig hohen Steuern sei im Hinblick auf die finanziellen Forderungen der Regierung ausgeschlossen. Die bereits begonnene Säuberung werde fortgesetzt werden.

Pankow lädt Bonner Abgeordnete ein

Bundestag soll Schumanplan ablehnen — Wirth vom Beifall umrauscht

Berlin (UP). Die Ostzonen-Vollversammlung appellierte entsprechend einem Regierungsantrag an den deutschen Bundestag, den Schuman-Plan als „Grundstein einer Waffenruhe“ Westeuropas abzulehnen und stattdessen fünf Vertreter für eine gesamtdeutsche Kommission zur Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes für Wahlen zu einer Nationalversammlung zu benennen.

Das Ostparlament billigte den Pankower Wahlgesetzentwurf und einen Regierungsvorschlag, eine Kommission mit fünf West- und fünf ostdeutschen Beauftragten zur Fertigstellung eines gemeinsamen Gesetzesentwurfes für Wahlen zu einer Nationalversammlung zu bilden. Ferner lehnte die Vollversammlung den UN-Beschluß ab, die Voraussetzungen der Wahlen in Deutschland durch eine UN-Kommission prüfen zu lassen.

Die Unterredung mit Sorin habe in einer „sehr viel verständnisvolleren Atmosphäre“ stattgefunden. Sorin habe Niemöller versichert, daß er die Gesichtspunkte des Kirchenpräsidenten im Ministerrat ausführlich zur Sprache bringen werde.

weltlichen Beschwerden über das Verhalten der Deutschen im Kriege und das Argument vorgebracht worden seien, diese Vorkommnisse seien nach russischer Auffassung noch nicht ausreichend gesühnt.

Die Unterredung mit Sorin habe in einer „sehr viel verständnisvolleren Atmosphäre“ stattgefunden. Sorin habe Niemöller versichert, daß er die Gesichtspunkte des Kirchenpräsidenten im Ministerrat ausführlich zur Sprache bringen werde.

Vor Pressevertretern sagte Niemöller: „Ich bin mit dem Erfolg meiner Moskautreise sehr zufrieden. Allerdings gehen nicht alle Träume in Erfüllung. Aber gern wäre ich vierzehn Tage länger in Moskau geblieben.“

Der Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche, Alexis, hatte dem deutschen Kirchenvertreter in Moskau ein Kreuz geschenkt. Das Niemöller bis Schönfeld auf der Brust trug. Der Kirchenpräsident, der sich in der heftigen Kirchen synode gegen die Einführung des Bischofstitels und des Kreuzes auf der Brust ausgesprochen hatte, legte das Geschenk des Patriarchen zu den anderen Reiseandenken.

Korea-Entscheidung der UN vertagt

Sicherheitsrat wird nicht einberufen — Was wird aus der Palästina-Vermittlung

Paris (UP). Der Politische Ausschuß der UN beschloß mit 47 gegen 6 Stimmen bei 3 Enthaltungen, die Entscheidung über die politische Zukunft Koreas auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Die amerikanische Delegation hatte dazu ausgeführt, die zeitweise Zurückstellung der Vereinigung Koreas sei notwendig, um die Waffenstillstandsverhandlungen in Pan Mun Jon nicht zu stören.

Alliierte machen keine Konzessionen

Kämpfe in Korea leben wieder auf
Seoul (UP). Die alliierten Unterhändler auf der Waffenstillstands-Konferenz in Pan Mun Jon haben einen kommunistischen Gegenvorschlag zur Überwachung des Waffenstillstandes zurückgewiesen. In dem Vorschlag hatten die Kommunisten alle Einwände, die früher gegen den Kontrollplan der Alliierten erhoben worden waren, fallen gelassen.

Im Frontgebiet der ersten südkoreanischen Division kam es zu schweren Kämpfen. Die Division eroberte im Verlauf heftiger Gefechte zwei beherrschende Höhenzüge, die jedoch den sofort in großer Stärke angreifenden kommunistischen Verbänden wieder überlassen werden mußten.

Bombenanschläge in Saigon — Fünf Tote

Saigon (UP). Im Geschäftsviertel von Saigon explodierten kurz hintereinander zwei Bomben. Fünf Personen wurden getötet, 30 verletzt. Die Polizei hat neun Personen verhaftet, die in dem Verdacht stehen an dem Bombenattentat beteiligt gewesen zu sein. Die Sprengkörper waren in zwei Automobilen amerikanischer Ursprungs untergebracht, die am Theaterplatz parkten. Elf weitere Automobile, die in der Nähe parkten, wurden zerstört.

In einem offiziellen französischen Kommuniqué heißt es, daß die Vietminh-Rebellen neue schwere Angriffe gegen den vietnamesischen Außenposten Kom Phao geführt haben. Nach den französischen Berichten konnten die Verteidiger alle Angriffe der Rebellen gegen den am Schwarzen Fluß gelegenen Posten blutig abwehren. Gleichzeitig sollen die Vietminhesen auch an drei weiteren Stellen angegriffen haben, wobei sie jedoch ihre Ziele ebenfalls nicht erreichen konnten.

Ägypter überfielen Fahrzeug-Konvoi

Neue Unruhen in der Kanaltzone

Kairo (UP). Auf der Straße von Abu Suweir nach Tel el Kebir hat sich eine regelrechte Schlacht zwischen britischen Truppen und ägyptischen Nationalisten entwickelt. Das Gefecht begann mit dem Überfall der Ägypter auf einen britischen Fahrzeug-Konvoi, der in der Zwischenzeit sicher aus der Gefechtszone geführt werden konnte. Die Ägypter haben Grabenstellungen bezogen. Ein britischer Offizier und ein Soldat sind getötet worden. Die Straße nach Tel el Kebir ist für jeden Verkehr gesperrt. Auf den Eisenbahndamm, der von der Garnison von Adabiya nach den Hafenanlagen führt, wurde ein Dynamitanschlag verübt. An vier verschiedenen Stellen wurden die Gleisanlagen aufgerissen. In Jamaila wurde eine Bombe auf eine britische Fahrzeugkolonne geworfen, die jedoch keinen Schaden verursachte. Die Arbeiter der Suez-Kanal-Gesellschaft sind wieder zur Arbeit zurückgekehrt.

Iran droht dem britischen Botschafter

Teheran (UP). Die iranische Regierung sandte an den britischen Botschafter in Teheran, Sir Francis Shepherd, eine Note, in der Großbritannien aufgefordert wird, jede Einmischung in iranische Angelegenheiten im Lande selbst und im Ausland zu unterlassen, andernfalls müsse Großbritannien mit den daraus folgenden Konsequenzen, dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, rechnen.

Verschwörung in Portugal aufgedeckt

Lissabon (UP). Die portugiesische Regierung gab bekannt, daß eine „Verschwörung gegen die Sicherheit des Staats“ aufgedeckt worden sei. Ihre Anführer seien verhaftet worden. Die Verschwörer gehörten dem „Verband nationalgesinnter Bürger“ an, die bei den Präsidentenwahlen im vergangenen Jahr als Oppositionsgruppe auftrat. Unter den insgesamt neun Festgenommenen befinden sich sechs aus dem aktiven Dienst ausgeschiedene Offiziere.

Wilhelm Furtwängler, der sich gegenwärtig in Italien befindet, wird auch in der kommenden Saison wieder die künstlerische Leitung der Berliner Philharmoniker übernehmen.

Als Ehrengast wohnte der frühere deutsche Reichskanzler Dr. Joseph Wirth der Volkskammer-Sitzung bei. Als der Kammerpräsident Johannes Diekmann Wirths Namen erwähnte, brachen die Abgeordneten von der SED bis zur Ost-CDU in stürmischen Beifall aus. Umweit von Wirth saßen die Vertreter der sowjetischen Kontrollkommission und die diplomatischen Beauftragten der Ostblockstaaten, die dem 72jährigen ehemaligen Kanzler ebenfalls Applaus zollten.

Niemöller sprach über Kriegsgefangene

Wieder aus Moskau zurück — Unerfreuliche Debatte mit Friedenskomitee

Berlin (UP). Kirchenpräsident Niemöller ist mit seiner Tochter Hertha nach siebentägigem Aufenthalt in Moskau wieder in Deutschland eingetroffen. Kurz nach seiner Landung auf dem Ostseeflughafen Schönfeld informierte er in einer halbstündigen Besprechung den Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirchen Deutschlands, Bischof D. Dibelius, über seinen Aufenthalt in der sowjetischen Hauptstadt.

Ferner hat der genannte Ausschuß den sowjetischen Vorschlag einer sofortigen Einberufung des Welticherheitsrates abgelehnt, nach diesem Vorschlag sollte sich der Rat umgehend mit der Lösung aller schwebenden internationalen Spannungen befassen, in erster Linie mit der Beilegung des Korea-Konflikts. Ebenfalls abgelehnt wurde die Forderung nach Auflösung der Kommission für kollektive Sicherheitsmaßnahmen. Hingegen wurden mehrere Zusatzanträge der Westmächte angenommen, wonach eine Sitzung des Sicherheitsrates erst einberufen werden soll, wenn „er dazu beitragen könnte, bestehende Spannungen beizulegen.“

Die Waffenstillstandsverhandlungen abgeschlossen und ein endgültiges Abkommen unterzeichnet ist.

Die Sowjetunion schlug schließlich die Auflösung der UN-Vermittlungskommission für Palästina vor. Sie will damit offenbar den Antrag Großbritanniens, der USA, Frankreichs und der Türkei parieren, wonach die Vermittlungskommission ihre Tätigkeit weiter ausüben und versuchen solle, eine Regelung zwischen Israel und den arabischen Staaten zustande zu bringen.

Jean Cocteau ist von der deutschen Bundesregierung zu einem offiziellen Deutschland-Besuch eingeladen worden. Cocteau wird u. a. in Bonn, München und Hamburg erwartet.

Deutsche und holländische katholische Arbeitgeber werden auf Einladung des Bundes katholischer Unternehmer am 1. und 2. Februar in Kavelaar zu einem Erfahrungsaustausch zusammenkommen.

Der schwedische Ministerpräsident Tage Erlander wird wahrscheinlich im Frühjahr nach den USA reisen.

Georgi Malenkov, der stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetunion und Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der UdSSR, feierte seinen 50. Geburtstag.

Aus der Stadt Ettlingen

Neue Lohnsteuer-Richtlinien

Das Bundesfinanzministerium wird noch im Laufe dieser Woche Änderungen der Lohnsteuer-Richtlinien veröffentlichen. Die neuen Vorschriften werden Erleichterungen für eine Reihe von Lohnsteuern bringen. Der Bundesrat hat dem Entwurf bereits zugestimmt. Nach den neuen Bestimmungen können Eltern, deren Kinder zur Berufsausbildung außerhalb des Wohnortes der Eltern wohnen müssen, bis zu 200,- DM jährlich von der Steuer absetzen. Die Pauschalätze für Reisekosten und Übernachtung sowie für doppelte Haushaltsführung werden den gestiegenen Preisen angepaßt. Für Besatzungsgehindigte, die ihren Hausrat verloren haben, soll ein steuerfreier Betrag gewährt werden. Journalisten wird ein steuerfreier Betrag von 15 Prozent ihres Monatsgehältes, jedoch höchstens 200,- DM für Werbungskosten zugebilligt. Lohnsteuerpflichtige können jedoch keine Spesen für die Bewirtung von Gästen mehr machen. Auch können die steuerfreien Beträge für die Vertriebenen nicht mehr wie früher durch Vorlage der Rechnungen erhöht werden. Die neuen Pauschalätze, die den Vertriebenen gewährt werden, liegen jedoch höher.

Stellenwerbung für ältere Angestellte

In letzter Zeit wurde in der Presse wiederholt auf die Notlage aufmerksam gemacht, in der sich die älteren Angestellten befinden, die in der Zeit der wirtschaftlichen Umschichtung und der Verteilung von der Heimat ohne eigenes Verschulden arbeitslos wurden. Wie wir erfahren, führen die Arbeitsämter mit Unterstützung zahlreicher Fachverbände und wirtschaftlicher Organisationen eine umfassende und eindringliche Werbung bei den Betrieben mit dem Ziel, möglichst viele dieser von der Not der Arbeitslosigkeit betroffenen Angestellten wieder in Arbeit zu bringen. Die Beauftragten der Arbeitsämter besuchen die Betriebe, legen auf Wunsch Bewerbungsunterlagen vor und geben jede gewünschte Auskunft über die Stellensuchenden und über die Art der Tätigkeit, die für sie angemessen ist.

Jeder Betrieb, der irgendwie dazu in der Lage ist, sollte freiwillig seinen Teil zur Beendigung der Arbeitslosigkeit unter den älteren Angestellten und damit zur Lösung eines ersten sozialen Problems beitragen. Was auf diesem Gebiet getan werden kann, kommt Volk und Staat zugute und nützt nicht zuletzt auch der Wirtschaft, an die in erster Linie der Ruf zur Mithilfe ergoht. Von keinem Betrieb wird erwartet, daß er zusätzliche Lasten übernimmt. Die Kraft, die er einstellt, soll sich durch gute Arbeit auszeichnen und sich durch ihre Leistungen bezahlt machen. Wenn arbeitslose Angestellte nur dadurch wieder in der Wirtschaft Fuß fassen können, daß sie in die für sie vorgesehene Tätigkeit eingearbeitet werden, so kann nach Prüfung im Einzelfall vom Arbeitsamt auf die Dauer bis zu zwei Monaten ein Zuschuß aus Mitteln des Landesstocks gewährt werden, um den sich das vom Arbeitgeber zu zahlende Gehalt vermindert.

Veranstaltungen des Amerika-Hauses Karlsruhe

Am Donnerstag, 10. Jan., 20 Uhr, hält der Arbeitskreis „Bildende Kunst“ einen Betrachtungsabend über ein Bild im Vortragsaal der Stadt, Kunsthalle, Karlsruhe, ab. Es spricht Dr. Jan Lauts. Am Freitag, 11. Jan., 18.45 Uhr, findet die English Discussion mit Frau Dr. Hohlfeld statt.

Zahnbürste allen genügt nicht!

(AdV). Es ist eine altbekannte Tatsache, daß viele Naturvölker sich ohne Mundspülen und Zahnbürste eines herrlichen Gebisses erfreuen. Die Ursache der Zahnverderbnis liegt tief im Organismus, im Stoffwechsel. Die zum Aufbau und zur Erhaltung gesunder Zähne erforderlichen Nährstoffe sind in Rohmilch, Weizkase, Obst, Südfrüchten, Roggenmehl, Vollkornbrot, Haferflocken, Frucht- und Pflanzensäften enthalten. Wo diese nicht in ausreichender Menge vorhanden sind, sind regelmäßige Kalkgaben angezeigt. Über den Gesundheitszustand des Gebisses entscheiden die Ernährung der werdenden Mutter und die des Kindes in den ersten beiden Lebensjahren. Mundspülen und Zahnputzen sind nützlich, aber nicht entscheidend.

Uli

„Alarm im Ariberg-Express“

Ein packender Film aus dem Leben mit seinen Versuchungen, Kämpfen, menschlichen Niederlagen und Siegen zeigen die Unsonnlichtspiele nur noch heute. Dieser einfallreiche Kriminalfilm, in dessen Hauptrollen Paul Hubschmid, Elfe Gerhart, Iwan Petrovich und Otto Treidler spielen, hält was er verspricht. Das abenteuerliche Schicksal eines gestohlenen Schmucks und seines Finders, die sensationelle Aufdeckung eines raffinierten Versicherungsschwinds und das Schicksal zweier junger Menschen in den Höhen und Tiefen unserer Zeit verleiht dem Film Spannung von der ersten bis zur letzten Minute.

Capitol

„Des Lebens Überfluß“

Ist ein entzückender musikbeschwingter Film vom Wunder der Liebe — die stärker ist als die Wirklichkeit — mit frischen jungen Filmgesichtern und Michael Jarys zündenden Schlägen. Der Film beantwortet in herzerwinnender Art die Frage: Wo liegt des Lebens Überfluß? Nicht in Geld und Gut, nicht in Ruhm und Genuß, sondern in dem Fleckchen, das man besitzt. Sei es nun ein Menschenherz nur ein kleines Zimmer, das einem ganz allein gehört. Die Capitol-Lichtspiele zeigen diesen Film nur noch heute.

Gesundheitsförderung in der Tierhaltung

Lehrgang des „Vereins ehem. Augustenberger“ auf dem Augustenberg

In den drei Jahren des Wiederbestehens des „Verein ehem. Augustenberger“ ist es wieder zur Übung geworden, von Zeit zu Zeit den Mitgliedern Gelegenheit zur fachlichen Weiterbildung und Aussprache mit den Berufsgenossen zu geben. Diesmal sprach als erster Vortragender der Leiter des weithin bekannten Tabakforschungsinstituts in Forchheim, Dr. K. Schmidt, über „Düngung und Qualität in Tabakbau“.

Ausgehend von den unerfüllten Qualitätshoffnungen der Trockenjahre 1947 u. 1949 und den guten Qualitätserfolgen des regenreichen Jahres 1950 wies der Redner hin auf die zwei großen Mängel, die in hiesigen Verhältnissen einer sicheren Qualitätsleistung entgegenstehen. Diese sind das Fehlen von Beregnungsanlagen zur Sicherung des großen Wasserbedarfs in der Zeit vom Schossen bis zur Ernte des Hauptgutes und die Tatsache des Anbaus auf vielen kleinen, auf alle möglichen Gewanne mit verschiedenen Wachstumsbedingungen zerstreuten Parzellen, auf denen zwangsläufig recht unterschiedliches Erntegut in vielen kleinen Posten entsteht. Die zahlreichen wertvollen Hinweise des Redners bezüglich Saatbeetherrichtung, Setzlingsanzucht, Saatzeit, Pflanzgut, Fruchtfolge, Auswahl der geeigneten Grundstücke, Pflege, Pflanzenschutz, Düngung sowie Ernte und Trocknung wurden in der anschließenden Aussprache eifrig und nutzbringend diskutiert.

Über „Probleme der Gesundheitsförderung in der Tierhaltung“ sprach anschließend Regierungsländwirtschaftsrat Dr. W. Gmelin von der Landesbezirksdirektion für Landwirtschaft und Ernährung. Wenn 50 und mehr Prozent sämtlicher Einnahmen in der Landwirtschaft aus dem Viehstall kommen, dann muß diesem

Betriebszweig auch besondere Beachtung geschenkt werden. Die Züchtung auf Form und auf Leistung hat ansehnliche Fortschritte gebracht, die Gesundheitsförderung hingegen ist vielfach weit zurückgeblieben. Diese muß an erster Stelle betrieben werden, wenn die ertlich bedingte hohe Leistung auf die Länge der Zeit und somit rentabel ausgenutzt werden soll.

Hohe Leistungen schädigen umgekehrt die Gesundheit höchstens dann, wenn Ernährung und Haltung nicht in ausreichender und geeigneter Weise sichergestellt sind. Gesündere Stallverhältnisse lassen sich in vielen Fällen mit geringem Aufwand erzielen, mit einigen guten Willen könnte auch hier und da ein Jungviehauflauf geschaffen, oder die vorhandenen Genossenschaftsweiden in Anspruch genommen werden. Vielseitiges Futter, in der richtigen Menge verabreicht, verhindert manche Wachstums- und Entwicklungsstörungen. Die verschiedenen Heurarten und Qualitäten sollten gemischt und damit Einseitigkeit vermieden werden. Auch die Kraftfuttermische sollten möglichst vielseitig zusammengesetzt sein. Natürlich kommt hier nur einwandfreie Ware in Frage wie z. B. die DLG- und Raiffeisenmischfuttermittel. Im Kampf gegen Seuchen darf nicht nur die Impfspritze herrschen. Der Züchter und Tierhalter kann durch Auslese resistenter Tiere wesentlich nachhaltiger Erfolge erzielen.

Weitere derartige Lehrtage und Aussprachen werden folgen. Des weiteren wurde beschlossen, daß die Lehrtage im kommenden Sommer wiederum an zwei verschiedenen Tagen (Peter und Paul und 1. Sonntag) durchgeführt werden soll.

In Steinabad kehrt wieder Leben ein

95 Kinder führen am Dienstagmorgen in das kreiseigene Heim des Landkreises Karlsruhe

Nachdem nun Steinabad, einsam und verträumt in seine Schneedecke eingehüllt, die Feiertage verbracht und auch die Kindergärtnerinnen zu Hause waren, kehrte jetzt ab Dienstag wieder Leben dort oben ein. Schon wochenlang vorher hatten sich die Kinder auf „ihre große Reise“ vorbereitet und als es dann am Dienstagmorgen soweit war, standen sie mit strahlenden Augen und glühenden Wangen auf dem Bahnsteig. Ein ganz klein wenig hielten sie sich aber doch an Mutters Hand fest. Es wäre halt doch besser, wenn sie ein Stück weit mitfahren würde, und der kleinen Gisela rannen sogar verstoßen ein paar Kullertränen über die Wangen, während Werner — sich seiner Manneswürde stolz bewußt — tapfer schluckte. Als sich dann aber Tante Hildegard liebevoll um die Kleinen bemühte und auch die übrigen „Tanten“ sich um sie annahmen, waren die Abschiedsorgen schnell vergessen und mit erwartungsvollen

Herzen stieg man in den Zug, in dem bereits die Heidelberger Kinder saßen.

Insgesamt sind es 95 Kinder, darunter 68 (29 Mädchen und 39 Jungen) aus dem Landkreis Karlsruhe, die jetzt wieder für einige Zeit Steinabad, das Kindererholungsheim des Landkreises Karlsruhe, beleben werden; 16 Flüchtlingskinder werden sich erstmals an den Schönheiten des Schwarzwaldes erfreuen können. 27 Kinder entstammen auswärtigen Kreisen, so Ahrweiler, Heidelberg und Pforzheim.

Unzählige Händchen winkten aus den Abteilfenstern, Mütter schwenkten ihre Taschentücher, und auch Papa schaute seinem Sprößling liebevoll nach, wie er so das erste Mal in die weite Welt fuhr.

Sechs Wochen dauert diese Kur, sechs schöne, erlebnis- und erholungsreiche Wochen lang.

Magie in der Stadthalle

Zauberkünstler Bellachini zeigte verblüffende Tricks

Es gibt viele Zauberkünstler. Nicht jeder vermag das Publikum gleich stark zu fesseln und doch strahlt die Kunst dieser Männer immer wieder eine Mystik aus.

Bellachini, der am Sonntagabend in der Stadthalle auftrat, ist keiner jener alltäglichen „Künstler“, die mit einem Kartenspiel und einigen Falschspielertricks vor das Publikum treten, sondern er ist ein Meister seines Faches. Wenn er auch keine überwältigenden Neuheiten auf dem Gebiet der Hexerei bieten konnte, so zeigte er doch die alten Tricks in Vollendung.

Bellachini erscheint auf der Bühne nicht als ein Zauberkünstler, der dem Publikum Angst und Schrecken einjagt, weil man jeden Moment mit einem neuen Schabernack rechnen muß, sondern er ist ein älterer, freundlicher Herr, der recht bald die Herzen seiner Zuschauer gewinnt. Wer möchte auch nicht einen solchen Mann zum Freund haben, der sich das Geld nur so aus den Ärmeln schütteln kann. Hier zieht er einem Gast einen Fünf-Mark-Schein aus der Nase, dort findet er das Geld in einem Regenschirm. Sogar aus der Luft greift er sein Vermögen.

Man verrenkt sich die Augen und läßt sich keine Bewegung des Meisters entgehen. Es muß doch zu beobachten sein, wie er seine Künste ausführt. Aber da hat er die Zuschauer schon wieder genarrt. Während sie noch die Finger des Zaubers beobachten, hat er den Geldschein schon wieder in der Hand. Bellachini greift Tauben aus der Luft und verwandelt Wasser in Pfefferminzlikör, er holt ein Meerschweinchen aus einem leeren Hut und läßt die größten Holzwürfel spurlos verschwinden und er zaubert sogar zusammengeschnitten Eisenringe auseinander und wieder zusammen. All das geschieht mit lächelnder Miene und ohne irgendeine Anstrengung.

Bellachini begeisterte das Publikum mit seinem Hokus-Pokus. Aber auch seine Kräfte sind nur beschränkt, sonst hätte er sicherlich die Stadthalle, in der er seine Künste zeigte, mit ein paar Zaubersprüchen und einigen Handbewegungen zu einem würdigen Platz für sein Auftreten gemacht. Aber Zauberkünstler sind eben auch nur Menschen.

Bund Deutscher Pfadfinder

Im vergangenen Sommer führten Ettlinger Pfadfinder eine Großfahrt nach Italien durch. Dabei wurden nicht nur Bekanntschaften, sondern wirkliche Freundschaften mit italienischen Pfadfindern geschlossen. Ein italienischer Pfadfinder schrieb nun vor wenigen Tagen an einen Ettlinger Pfadfinder. Wörtlich wird nachstehende Abschrift des Teiles des Briefes gegeben, der sich auf die Schilderung der Hochwasserkatastrophe bezieht und den Eindruck wiedergibt, den die deutsche Hilfsaktion auf die italienische Bevölkerung machte:

„Mein lieber Fritz, wie ich aus Deinem Briefe ersehe hat man auch bei Euch eine Sammlung gemacht für die armen Menschen die längst des ungeheuren grossen Po Fluss wohnen und in diesem Jahr so schwer getroffen worden sind. Wir hier in Bologna können von Dank sagen das es uns nicht direkt getroffen hat, aber wir haben Tag und Nacht Bilder gesehen die man im Kriege nicht gesehen hat, und wie auch Dir bekannt sein wird, eine grosse reisende Flut ist etwas, was man nicht mit Menschen verhindern kann, und wie Du wohl aus den Wochen-schauen gesehen hast, kannst Du dir vorstellen ein wenig, und selbstverständlich sind einige Sachen geschehen, die man nicht für Wahr gelten würde aber in der Taht ist es so gewesen.“

Nun mein lieber Fritz ich möchte nicht länger über diese Dinge erzählen, aber eines möchte ich erwähnen, denn wie ich aus deinem Briefe ersah, hat man bei Euch auch

eine Sammlung gemacht, und wir können versichern dass gerade hier die Bevölkerung nicht an eine so ware Gutherzigkeit seitens der deutschen Bevölkerung dachte, aber Du kannst beruhigt sein, dieses war eine grosse Sache was das deutsche Volk bisher für die italienische Bevölkerung getah hat, und in der vergangenen Tagen hatte man so viel davon erzählt, und man hat aus Deutschland sehr vieles geschickt sogar ein Lazarettzug hat in Ferrara gestanden und hat viele kranke Leute transportiert, weiterhin die grossen Pumpen die man geschickt hat sind von großer Wichtigkeit, und viele andere Sachen, die ich Dir nennen könnte, also sei mal zufrieden lieber Fritz die Bevölkerung denkt weit anders, als damals als Du in Italien warst.“

Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß der Bundesjugendring auf Antrag des Bundes Deutscher Pfadfinder beschlossen hat, daß jeder Junge und jedes Mädel, die einer dem Bundesjugendring angeschlossenen Organisation angehören, aus eigener Tasche 10 Pfennige für den Teil der italienischen Jugend spendet, die durch das Hochwasser geschädigt wurde.

Nächtliches Bad in der Alb

In der Nacht vom Samstag zum Sonntag hatte sich ein Liebespaar anscheinend so erhitzt, daß es in der Alb in der Nähe der Wäscherei Bardusch unter den Augen einiger erstantur Passanten Kühlung suchte. Ein ordentlicher Schnupfen wird dem Paar sicherlich als Erinnerung an das kühle Bad geblieben sein.

Deutsche Angestellte können ins Ausland

Im Rahmen eines internationalen Arbeitsaustausches ist es der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft gelungen, deutschen Angestellten im kommenden Jahre Arbeitsplätze in England, Holland und den Vereinigten Staaten bereitzustellen. Wie die DAG mitteilt, können kaufmännische Angestellte des Handels, der Industrie, des Versicherungswesens sowie des Bank- und Sparkassenwesens im Alter von 20 bis 33 Jahren für ein bis zwei Jahre nach Großbritannien gehen, wenn der eigene Arbeitsplatz in Deutschland englischen Angestellten zur Verfügung gestellt wird. Die gleichen Möglichkeiten bestehen für Angestellte des Speditionsgewerbes nach Holland und für junge Techniker und Kaufleute nach den USA. Die Verhandlungen über einen Austausch mit Schweden, Norwegen und der Schweiz sind noch im Gange.

Austauschprogramm mit den USA

Im Februar sollen nach einer Mitteilung der Austauschabteilung der amerikanischen Hochkommission 255 junge deutsche Lehrer, Jewerkschafter, Vertreter der Arbeitgeber und Jugendleiter für eine neunmonatige Studienreise nach den USA ausgewählt werden. Die 100 Junglehrer, die in Frage kommen, sollen Lehrerbildungsanstalten besuchen und wenigstens drei Monate unter Aufsicht amerikanischer Lehrer praktisch arbeiten. Die weitestläufige Gruppe 80 Gewerkschafter und Arbeitgebervertreter, erhält Gelegenheit, an amerikanischen Universitäten die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu studieren. Die 75 Jugendleiter der dritten Gruppe können sich mit der Rolle der amerikanischen Jugendorganisationen in zemeinschaftsprogrammen vertraut machen. Anträge von Interessenten sind bis zum 1. Februar bei den zuständigen Bezirksausstellungen einzureichen.

Bundesbahn erhöhte LKW-Vergütungssätze

Die Bundesbahn-Hauptverwaltung hat sich in einem Schreiben an die Arbeitsgemeinschaft Güternahverkehr des Bundesgebiets rundsätzlich bereit erklärt, nach Erhöhung der Sätze der Nahverkehrspreisordnung jetzt auch eine angemessene Erhöhung der Unternehmervergütung bei Anmietung von Lastkraftwagen vorzunehmen. Die Hauptverwaltung der Bundesbahn hat den einzelnen Eisenbahndirektionen entsprechende Anweisungen erteilt.

Vereins-Nachrichten

Touristenverein „Die Naturfreunde“ Ettlingen

Auf die am Samstag, 12. Jan., 20 Uhr in der „Krone“ stattfindende Hauptversammlung wird nochmals hingewiesen. Es wird um vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder gebeten.

Mitgliederversammlung der SPD

Der Ortsverein Ettlingen der SPD hält am Freitag, 11. Jan., 20 Uhr im Gasthaus zur „Krone“ eine wichtige Mitgliederversammlung ab. Referent: Bürgermeister und Landtagsabgeordneter Rimmelspacher. In Anbetracht der in wenigen Wochen stattfindenden Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung des Südwürttemberg ist die Anwesenheit aller Mitglieder dringend notwendig. — Der Vorstand trifft sich bereits um 19 Uhr in der „Krone“ zu einer Besprechung.

DAG, Ortsgruppe Karlsruhe, Berufsgruppe Versicherungswangestellte, Hauptversammlung und Neuwahl des Vorstandes am Freitag, den 11. Januar, 18.30 Uhr im Nebenzimmer des Hotels Link in Karlsruhe.



Am Samstag, den 12. Januar, abends um 20 Uhr spricht in der Aula des Realgymnasiums Prof. Dr. Friedrich Dessauer, Direktor des Physikalischen Instituts in der Universität Fribourg in der Schweiz über das Thema

„Religion im Lichte der heutigen Naturwissenschaft“

Wir machen darauf aufmerksam, daß dieser berühmte Gelehrte am Freitag, 11. Jan., in der Technischen Hochschule in Karlsruhe im Rahmen des Audéum generale einen sehr zeitgemäßen Vortrag hält über

„Die Zukunft der akademischen Stände“

Lehrgang „Gutes Deutsch“

Die Pflege der deutschen Sprache wird auch im neuen Jahr mit dem Lehrgang „Gutes Deutsch“ Montag, 14. Jan., um 20 Uhr in der Schüllerschule, 3. Stock, Zimmer 28 fortgesetzt. Nachdem das 1. Trimester in allen Sprachzweigen einen grundlegenden Unterbau erarbeitet hat, wird das neue bei gesteigerten Anforderungen in schwierigere Sprachgebiete vorstößen und die große Lücke, die der Krieg in der sprachlichen Bildung hinterlassen hat, möglichst zu schließen versuchen. Wer mit schlechtem Deutsch an die Öffentlichkeit tritt, setzt sich allzuleicht der Spottlust der anderen aus. Hier ist die Möglichkeit zu einer gründlichen Schulung gegeben, und alle Bildungsbeflissenen, vor allem die deutsche Jugend, ist eingeladen, sich in den schwierigsten Abschnitten der Stilbildung, des Rechtschreibens und der Satzzeichenlehre zu vervollkommen. Die Einladung zur Teilnahme ergeht auch an solche, die den ersten Lehrgang nicht besucht haben, da jeder für sich ein abgeschlossenes Ganzes bildet. Namentlich für junge Leute, die in den kommenden Monaten irgendeine Prüfung abzulegen haben, bietet sich hier eine ausgezeichnete Gelegenheit, ihre Deutschkenntnisse in anregender Form zu vertiefen.

Kurze Kultur Nachrichten

Der Dirigent Bruno Walter und der Komponist Paul Hindemith sowie das Londoner Philharmonische Orchester werden im Mai zu den Musikfestspielen nach Wien kommen.

Warum kamen die Bonner nicht? Die Kehler Wirtschaft spricht von zuviel Optimismus

Kehl (ld). Stadtrat Beinert, der Sprecher der freien Bürgervereine, die im Kehler Stadtrat über die absolute Mehrheit verfügt, fragt in einem offenen Brief den Kehler Bürgermeister Dr. Marcello, warum der auf den 4. Januar angesetzte Besuch Bonner Regierungsvertreter zum Studium der Kehler Verhältnisse verhindert wurde.

Den Berichten des Rundfunks und der Presse aus Anlaß der Freigabe wird zuviel Optimismus vorgeworfen. Am 1. Januar seien frei geworden: 21 Betriebe, davon neun zerstört, fünf, die lediglich Umschlagplätze darstellen.

Vertreter aus den drei Ländern Die Geschäftsstelle des Ministerrates

Stuttgart (ld). Die Geschäftsstelle des südwestdeutschen Ministerrates zur Bildung des Südweststaates ist nach einem Beschluß des Ministerrates in Karlsruhe nunmehr von drei Vertretern der einzelnen Länder besetzt.

Massenzusammenstoß im Nebel Neun Fahrzeuge verursachten Karambolage

Stuttgart (sw). Infolge dichten Nebels kam es auf der Autobahn Stuttgart-Heilbronn bei Müchingen zu einem Verkehrsunfall, in dem innerhalb kurzer Zeit neun Fahrzeuge verwickelt waren.

Die Unfallserie begann, als ein aus Richtung Heilbronn kommender PKW in hoher Geschwindigkeit von hinten auf einen fahrenden LKW auffuhr, dessen nach hinten herausragende Ladung nicht gekennzeichnet war.

Theater in der Gemäldegalerie

Die Karlsruher Privatbühne „Die Insel“ als Einraumtheater

In Karlsruhe haben seit dem Kriegsende fast ein Dutzend Privattheater meist schon nach wenigen Wochen ihre Pforten wieder schließen müssen. In der Spielzeit 1947/48 wurde das Karlsruher Publikum durch die „Karlsruher Kammerspiele“ endlich mit einigen neueren Stücken bekannt.

Im Sommer des letzten Jahres ist Schudde wieder nach Karlsruhe zurückgekehrt. Zusammen mit Werner Wedekind, einem jungen Schauspieler, hat er jetzt zum zweiten Mal hier ein Privattheater, „Die Insel“ genannt, gegründet.

Seit Oktober hat das tapfere Ensemble im Haus des traditionsreichen Badischen Kunstvereins in der Waldstraße eine neue Heimstätte gefunden. Während man bisher wie in einem „richtigen“ Theater mit Vorhang spielte, verzichtete man nun auf den Vorhang und die trennende Rampe.

Im weiteren Verlauf der Spielzeit hat das Theater Werke von Sherriff („Um 7 Uhr zu Hause“ — deutsche Erstaufführung), Sartre, Williams („Glasmagerie“ — eine wundervolle, stimmungsvolle Aufführung), Rattigan und Puget gespielt.

Es hat sich inzwischen gezeigt, daß es auch in Karlsruhe Menschen gibt, die im Theater nicht nur Zerstreuung suchen. Man muß sie nur ins Theater zu führen wissen! Die Künstler der „Insel“ sind bemüht, mit den Besuchern in persönlichen Kontakt zu kommen.

Die besondere Liebe der Künstler der „Insel“ gilt der Jugend. Wenn die Jugend nicht ins Theater gebracht wird, werden in einigen Jahren die Theater leer stehen.

Es wäre wirklich an der Zeit, daß sich zur Ergänzung d. Bad. Staatstheaters in Karlsruhe endlich eine Bühne halten könnte, die die entsprechenden Voraussetzungen in künstlerischer Hinsicht für ausgezeichnete Aufführungen moderner Sprechstücke deutscher und ausländischer Autoren bietet.

Die besondere Liebe der Künstler der „Insel“ gilt der Jugend. Wenn die Jugend nicht ins Theater gebracht wird, werden in einigen Jahren die Theater leer stehen. Da die Jugend fühlt, daß man sie hier verstehen will, daß man ihr ins Gespräch kommen möchte, bildet sie erfreulicherweise auch immer einen Teil der Besucher.



Peter Kreuder in Deutschland Nach vierjähriger Abwesenheit traf der bekannte Film- und Operettenkomponist Peter Kreuder am 7. Januar zu einem mehrmonatigen Besuch in Deutschland ein. Hier wird Peter Kreuder (links) von seinem alten Freund Antel begrüßt.

800 Flaschen Giftgas gefunden

Wahnerheide (UP). 800 Flaschen Giftgas, vermutlich Blau- und Gelbkreuz, wurden von einem deutschen Bombenräum-Kommando im Bereich des Flugplatzes Wahn bei Köln gefunden.

Einen Austritt aus der CDU wollen maßgebliche Mitglieder der CDU-Bundestagsfraktion dem ehemaligen Bundesinnenminister Gustav Heinemann nahelegen.

48 195 000 Personen lebten nach den Erhebungen des Statistischen Bundesamtes am 30. September 1951 in der Bundesrepublik. Im dritten Quartal 1951 hat sich die Bevölkerungszahl um 0,2 Prozent erhöht.

Die Behandlung „unerwünschter Ausländer“ wollen Vertreter der Außenministerien und Polizeibehörden Westdeutschlands und Belgiens am 10. Januar in Brüssel erörtern.

Table with 2 columns: Location and Value. Includes Rhelwasserstand am 9.1., Konstanz 275 (-1), Rheinfelden (-), Breisach 114 (-12), Straßburg 200 (-0), Maxau 373 (-0), Mannheim 233 (-7), Caub 185 (-10).

Wettervorhersage

Wechseld. wolkig, zum Teil auch aufklarend. Nachts höchstens leichter Frost, Tagestemperaturen vorwiegend über null Grad, höchstens geringe Niederschläge. Veränderliche Winde.

Barometerstand: Veränderlich. Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): +5°

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Albgau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. — Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Ettligen, Schöllbronner Straße 5, Telefon 187



Größte Ikonen-Ausstellung eröffnet In Kestner-Museum in Hannover wurde die bisher größte Ikonen-Ausstellung der Welt für die Zeit vom 5. bis zum 31. Januar eröffnet. Ein Bild zeigt ein wertvolles Stück der Schau, die Mutter Gottes „Kasperbaskaja“, eine russische Holztafel-Malerei mit Metall-eklat (18. bis 19. Jahrhundert)

Haus- und Grundbesitzer-Verein Ettligen

Freitag, 11. Januar, 20 Uhr findet im Saal des Gasthauses zum „Engel“ in der Kronenstraße die

ordentl. General-Versammlung

statt. Tagesordnung: 1. Satzungen 2. Vorstandswahl

Danach spricht Herr Rechtsanwalt Rupp u. a. über das neue Mietpreisrecht.

Wir bitten um zahlreiche Beteiligung Der Gesamtvorstand

BEKANNTMACHUNGEN

Arbeitsamt Karlsruhe (offene Stellen)

- 1 Buchbinder, mit guten Berufskennn. am Dreischneider
1 Tiefdruckdrucker, nur mit gt. Berufsk.
1 Kirschschleifer und Kirschner für Maßarbeiten (Palmsäbner)
Junge Metzger, ledig, bis 25 Jahre, mit Kost und Wohnung
1 Melker i. Holzg., led., m. Kost u. Wohn.
1 Kfz-Hilfsarbeiter, ledig, bis 32 Jahre.
1 Kfz-Hilfsarbeiter, bis 50 Jahre, Führerschein Kl. II und III
1 Uhrmacher, 19-25 Jahre, Reparatur v. Groß- und Kleinhren
1 Galvaniseur, i. Collosser Schmuck.
1 Elektro-Installateur, erste Kräfte
1 Bohrwerksführer i. Horizontallbohrwerk
1 Autoelektriker, ledig, 20-28 Jahre
1 Kfz-Hilfsarbeiter, Disziplinspezialist
1 Kfz-Hilfsarbeiter, ledig, 20-28 Jahre, evtl. Führerschein
1 Elektro-Installateur
1 Auto-Elektriker, ledig, 20-28 Jahre
10 Schornsteinfeger, ledig, in d. Schweiz
1 Vulkaniseur mit abgesch. Lehre
1 Taxifahrer
1 Küchenhilfe, ledig, 18-30 Jahre, Lohn DM 80,- bis 90,- monatl. m. Kost u. Wohn.
Das Arbeitsamt Karlsruhe hat für Beschäftigte Abendpredststunden eingeführt und zwar mittwochs von 17-19 Uhr

In dankbarer Freude zeigen wir die glückliche Geburt unseres Stammbalters

Bernd Ludwig an.

ALBERT KESSLER, Assessor und FRAU LORE, geb. Bopp Ettligen, Albstr. 33, 9. 1. 52

ZU VERKAUFEN

Zwei weiße Bettstellen ohne Roste zu verkaufen. Zu erf. unter 77 in der EZ

Mietzinsbuch

Preis 40 Pfennig mit Einheits-Mietvertrag wieder vorrätig

Buchdruckerei A. Graf Ettligen - Schöllbr. Str. 5

Dr. BUFLEBS „Schrundenheil“

ein Cosmeticum von verbildender Wirkung, macht rauhe, rissige und harte Hände weich und geschmeidig und ist ein altbewährtes

Frostschutzmittel 1 Dose 50 Pfennig

Immer frisch erhältlich: Badenia - Drogerie Rudolf Chemnitz

Sie sparen und können gewinnen beim Gewinn-Sparverein Nordbaden e. V.

Ihr Einsatz: Wöchentl. DM 1.20, davon bleibt DM 1.- Ihr Eigentum. (Sie können mehrere Einsätze zeichnen)

Ihre Chance: Alle 3 Monate eine Auslosung mit Gewinnen bis zu DM 4000.- Jede 5. Nummer gewinnt!

Anmeldung bei der VOLKSBANK ETTLINGEN e. G. m. b. H.

STELLENANGEBOTE

Intelligenter Junge als Elektrolehrling gesucht. Zu erf. unter 81 in der EZ

ZUMIETENGESUCHT

Möbl. od. leeres Zimmer, mögl. Stadtmitte, zu mieten ges. Zu erf. unter 72 in der EZ

Leere Flaschen

unentgeltlich abzugeben

Hotel Erbprinz

ZU VERMIETEN

Garage zu vermieten Geräumige Garage für Pkw in günst. Lage (Nähe Stadtbahnhof) sof. zu vermieten. Ellangeb. unter 79 an die EZ

Fabrik-Reste

Plüsch (Nidd) in leuchtenden Farben für Blusen u. Pullover sowie

Jersey-Reste

zum Aussuchen Restgeschäft LINA OTT Mühlenstr. 33, Telefon 422

Schlaflosigkeit zerrüttet Ihre Nerven

Schlaflos. wird der Tag zur Qual u. die Nacht zur Hölle; Sie sind reizbar, nervös, sich u. andern im Wege, leiden unter Hemmungen, sind erfolglos. Zu gesund, tiefem Schlaf, der Sie stärkt, erfrischt u. kräftigt, hilft Ihnen das rein pflanzliche, nährstoffreiche Nervenkraftelixir SÜKA. Seit 33 Jahren bewährt. Original-Flasche 2,85 Badenia - Drogerie R. Chemnitz Leopoldstr.

Umschau in Karlsruhe

Die Frage des CDU-Zusammenschlusses
 Karlsruhe (sw). Mit der Frage des Zusammenschlusses der nord- und der südbadischen CDU wird sich die nordbadische CDU auf ihrem nächsten Landesparteitag befassen. Auf ihrem nächsten Landesparteitag befassen sich voraussichtlich am 3. Februar in Heidelberg stattfindend wird. Man erwartet, daß auf dem Parteitag schon ein Beschluß über die Verschmelzung gefaßt wird.

Karlsruhe. In dickem Nebel fuhr ein amerikanischer Jeep auf der Linkenheimer Landstraße auf ein Milchauto auf. Der Fahrer des Jeep war auf der Stelle tot. (swk)

Linkenheim. Beim Versuch, eine gerissene Starkstromleitung auszubessern, verunglückte in Linkenheim ein Mann tödlich. (swk)

Aus der badischen Heimat

Amerikanische Wohnung ausgeraubt
 Mannheim (lwb). Aus einer amerikanischen Wohnung in Mannheim-Neuostheim raubten unbekannte Diebe Kleider, Schmuck und andere Wertsachen im Gesamtwert von 12000 DM. Die Bewohner waren für kurze Zeit vertriebt und fanden nach ihrer Rückkehr nur noch die ausgeraubte Wohnung vor.

Mannheim. Der Mannheimer Bürgermeister Trumppheiler ist 65 Jahre alt geworden. In einer Feier würdigte ihn Oberbürgermeister Dr. Heimerich als arbeitsamen klugen Kommunalpolitiker. (lwb)

Mannheim. Der Wohnbaukasse der Stadt Mannheim konnte 1951 eine Million DM für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen. (lwb)

Schwetzingen. Der berühmte Schwetzingers Schloßgarten ist in keinem der 200 Jahre seines Bestehens so stark besucht worden wie 1951. Von den 383 000 Besuchern wurden allein 107 600 im Mai gezählt. (lwb)

Pforzheim erwartet Bundespostminister
 Pforzheim (lwb). Der Pforzheimer Bundestagsabgeordnete Leonhard (CDU) hat Bundespostminister Schubert zu Besprechungen über den Bau eines neuen Postgebäudes nach Pforzheim eingeladen. Das Hauptpostamt in Pforzheim war im Februar 1945 völlig zerstört worden. Der Postbetrieb wird gegenwärtig in mehreren Holzbaracken abgewickelt.

Sprengmeister fordert Gefahreuzulage
 Pforzheim (lwb). Ein Angehöriger eines staatlichen Sprengkommandos, der auf dem Sprengplatz im Hagenschloß bei Pforzheim bei der Explosion einer Handgranate durch vier Granatsplitter am Kopf verletzt worden war, hat nun den Landesbezirk Nordbaden beim Arbeitsgericht Pforzheim auf Weiterzahlung der Gefahreuzulage von 200 DM im Monat verklagt. Der Sprengmeister begründet seine Klage damit, daß ein Splitter, der noch nicht entfernt werden konnte, wandern und ins Gehirn eindringen könne. Deshalb schwebt er auch während der Dauer seiner Arbeitsunfähigkeit in Lebensgefahr. Der Landesbezirk Nordbaden hat sich bisher lediglich bereitgefunden, dem Verletzten die Differenz zwischen Krankengeld und vollem Lohn zu zahlen, weigerte sich jedoch, ihm die Gefahreuzulage weiter zu gewähren.

Baden-Baden. Der seit November zu beobachtende Produktionsrückgang in der Baumwollindustrie hat sich im Dezember fortgesetzt, verzeichnet der Lagebericht der badischen Industrie- und Handelskammern. (Ods)

Kleine Frau mit großen Ambitionen
 Lahr (ld). Jahre hindurch war sie ihrer Arbeit treu und brav nachgekommen, die kleine Angestellte einer großen Textilwarenhandlung. Doch dann fehlten plötzlich größere Kassenbestände. Sie kaufte soviel ein, daß das am Monatsende ausgezahlte Gehalt kaum mehr reichen konnte. Aber anscheinend



Nach sieben Jahren wieder vereint
 Jahrelang suchte das in Sinzheim im Landkreis Bühl in Baden lebende Flüchtlingspaar Keilmann nach seinen beiden Kindern, die ihnen am 1. Oktober 1944 bei der Flucht aus Jugoslawien von Partisanen weggenommen wurden. Schließlich wurden die Kinder in einem Lager ausfindig gemacht. Nun dürfen die desorgerten Eltern ihre inzwischen elf Jahre alt gewordene Tochter Katharine und den 13jährigen Sohn Johann zur endgültigen Wiedervereinigung glücklich in die Arme schließen. Unter der Aufsicht der Eltern wurden, wie unser Bild zeigt, die ersten Schreibversuche in der deutschen Sprache gemacht

reichte es doch, denn sie lebte gut. Da wurde die Geschäftsleitung vorsichtig, überwachte und überprüfte und ertrappte sie schließlich. Immerhin waren es in den letzten zwei Jahren über 5000 DM, teils in Waren, teils in Geld, die auf ihr Konto kamen. Sechs Monate Gefängnis und 200 DM Geldstrafe sind der Lohn dafür.

Die Besitzer wurden nicht gefragt
 Ringsheim, bei Lahr (ld). Ohne Verständigung der Grundstücksbesitzer wurden im Gebiet von Ringsheim bei Lahr Messungen durchgeführt. Man nimmt an, daß das neu vermessene Berggelände für Erzsicherungen benutzt werden soll, da das Gebiet dort erzthaltig ist. Der schon früher durchgeführte Abbau wurde wegen Unrentabilität vor Jahren aufgegeben. Eine Bürgerver-

sammlung protestierte gegen dieses ungesetzhliche Vorhaben.

Paratyphusepidemie kostete 100 000 DM
 Lörrach (lds). Die nun vorliegende Abschlußrechnung des Städtischen Krankenhauses in Lörrach über die Aufwendungen anlässlich der Paratyphusepidemie im August und September weist einen Betrag von 45 000 DM auf, der für die Beschaffung von Medikamenten, für Verpflegung, für Personal, für die Einrichtung von zwei Seuchenstationen und andere Anschaffungen benötigt wurde. Dazu kommen die Ausgaben der Ortskrankenkasse Lörrach, der Ersatzkassen, des Städtischen Gesundheitsamtes und die Ausgaben für Desinfektionen. Die Gesamtkosten für die Paratyphusepidemie belaufen sich auf rund 100 000 Mark.

Kein Mißtrauensantrag gegen Dr. Eckert

Freiburg (lds). Die 27. Plenarsitzung des badischen Landtags brachte nicht die im Zusammenhang mit den inneren Zwistigkeiten bei der südbadischen CDU erwartete Sensation, die die zahlreichen Zuhörer angezogen hatte. Die CDU-Fraktion, die auf Wunsch des Parliamentsausschusses einen Mißtrauensantrag gegen den badischen Finanzminister Dr. Eckert einbringen sollte, nahm nach internen Beratungen von dieser Maßnahme Abstand.

Der Mißtrauensantrag war gefordert worden, weil der Parliamentsausschuß an der Art des Eintretens Dr. Eckerts zur Südweststaat Anstoß nahm und deshalb seinen Rücktritt erzwingen wollte. Die Landtagsfraktion der CDU will die mit dem Finanzminister aufgenommenen Verhandlungen fortsetzen, um zu einer gütlichen Regelung des Konflikts zu kommen. Der Parteivorsitzende, Anton Dichtel, äußerte, daß die Frage eines freiwilligen Rücktritts des Finanzministers im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen noch völlig offen sei. Mit Rücksicht auf diese Verhandlungen wurde auch darauf verzichtet, im Landtag den Strafantrag zu behandeln, den

der Finanzminister wegen verleumdender Ehrverletzung gegen den Landtagspräsidenten Dr. Person und den Abgeordneten Hilbert (beide CDU) beim Generalstaatsanwalt gestellt hatte.

Wer finanzierte die Altbadener?
 Die SPD-Fraktion stellte an die Regierung die Frage, ob es zutrefte, daß der Leiter des Verfassungsschutzamtes in Baden, Riedel, für den französischen Sicherheitsdienst gearbeitet habe und französischen Stellen noch Informationen zuleite; ferner ob die badische Regierung durch Riedel vertrauliche Berichte über die Sitzung der politischen Parteien erhalte. Außerdem verlangte die SPD Auskunft darüber, ob es richtig sei, daß Wirtschaftsminister Dr. Lais für die Volksabstimmung am 9. Dezember bei der südbadischen Industrie Gelder gesammelt habe mit der Aufforderung diese an das Textilwissenschaftliche Institut in Badenweiler zu überweisen. Lais soll dabei den Spendern zugesagt haben, daß diese Gelder von den Steuern abgesetzt werden könnten. Die Regierung versprach, die kurzen Anfragen in der nächsten Sitzung zu beantworten.

Disziplinar-Maßnahmen gegen Girokasse-Direktoren

Kein Verschulden des Innenministeriums im Fall Bürkle - Eine bewegte Sitzung

Stuttgart (ZSH). Der württemberg-badische Landtag beendete - wenigstens vorläufig - die sich nun schon über ein halbes Jahr hinziehenden Debatten über den Kreditfall Bürkle. Das Haus stimmte einem Antrag der Regierungsparteien zu, in dem festgestellt wird, daß das Innenministerium die Staatsaufsicht gegenüber der kommunalen Selbstverwaltung gezogenen Grenzen eingehalten hat.

Ferner nahm in dem erwähnten Antrag der Landtag zustimmend von einer Erklärung des Innenministers Kenntnis, daß das Innenministerium dienststrafrechtliche Maßnahmen gegen die Mitglieder des Organs der Städtischen Girokasse Stuttgart einleitet, die sich einer Amtspflichtverletzung schuldig gemacht haben, und daß es die der Städtischen Girokasse zustehenden Schadenersatzansprüche unverzüglich und vor der bevorstehenden Verjährungsfrist geltend macht. Schließlich ersuchte der Landtag die Staatsregierung um baldige Vorlage eines von Innenminister Ulrich angekündigten Entwurfs eines Änderungsgesetzes zum württembergischen Sparkassengesetz.

Innenminister Ulrich versicherte mit Nachdruck, daß er die volle Verantwortung für die Beamtens des Ministeriums übernehme. Der Staatsaufsicht, insbesondere Ministerialdirektor a. D. Kiefer, könne keine Pflichtverletzung nachgewiesen werden, ja, das Innenministerium habe sogar den Kreditfall Bürkle aufgedeckt. Der Innenminister legte dar, daß der Staat lediglich verpflichtet sei, seine eigenen Interessen zu wahren und seine Maßnahmen so einzurichten, daß nicht der Staat selbst aus Mißgriffen der Girokasse aufgrund eines die Aufsichtsbefugnisse übersteigenden Handelns haftbar gemacht werden kann. Selbstverwaltung bedeute auch Selbstverantwortung, und deshalb sei die alleinige Schuld beim ehemaligen Direktorium der Spar- und Girokasse zu suchen. Dort habe - mit einer Folge der „schematischen Entnazifizierung“ - das alte erfahrene Personal gefehlt. Auch seien die Vorschriften des Innenministeriums nicht immer oder nur ungenügend berücksichtigt worden.

Ferner wies der Innenminister mit Entschiedenheit alle Gerüchte zurück, nach denen er selbst verschiedentlich bei Gelagen und Festivitäten Bürkles Gast gewesen sei. Ulrich erklärte, daß er Bürkle überhaupt nicht persönlich kenne. Auch gegen den verschiedentlich erhobenen Vorwurf, persönliche oder parteipolitische Rücksichten gegen den ehemaligen Girokassen-Direktor Lämmle hätten eine gewisse Rolle gespielt, wies der Minister zurück. Als er in humorvoller, aber desto deutlicher Weise die Bemerkungen der Altbadener angriff, den Fall Bürkle für ihre Propaganda auszunutzen, verließ Abg. Kühn (Altbadener) unter dem Gelächter des Hauses den Saal. Nachdrücklich wandte sich der Minister gegen angebliche Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden der DG/BHE, Dr. Mattes, auf einer Pressekonferenz. Dr. Mattes habe den Aufsichtsbehörden Aufgaben zumuten wollen, die nur die Direktion eines nationalisierten Sparkassenwesens bewältigen könne. Dr. Mattes bezeichnete diese Darstellung in einem Zwischenruf als „fabelhaften Unsinn“, worauf er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wurde.

Klett: Hauptschuldiger?
 Demgegenüber erklärte Dr. Mattes in einer zweiwöchigen Rede, er habe stets die Meinung vertreten, daß es nicht erforderlich sei, das Ausmaß der Sparkassenaufsicht zu vergrößern. Mattes bezeichnete den Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Klett als „Hauptschuldigen Nr. 1“ an dem, wie er sich ausdrückte, größten Kreditkandal in der Geschichte der deutschen Sparkassen. Ein in diesem Zusammenhang gestellter Antrag der DG/BHE. Dr.

Klett und Bürgermeister Hirn von ihren Ämtern zu suspendieren, wurde von der Mehrheit des Hauses abgelehnt. Ferner behauptete Dr. Mattes, daß das Innenministerium entgegen den Darstellungen des Ministers Ulrich, seine Aufsichtspflicht verletzt habe. Er verlangte in einem Antrag der DG/BHE, daß gegen die verantwortlichen Mitglieder des Ministeriums Disziplinarmaßnahmen durchgeführt werden. Dieser Antrag wurde später mit 55 gegen 12 Stimmen der DG/BHE und bei 23 Enthaltungen abgelehnt. Dr. Mattes bemängelte insbesondere die Arbeit des vom Landtag eingesetzten Untersuchungsausschusses, der vier Monate zur Überprüfung des Falles und acht Monate zur Abfassung des Berichtes gebraucht habe. Schließlich griff Dr. Mattes den jetzt erfolgten Kauf des Bürkleschen Betriebes Gutehalde durch die Stadt Stuttgart an, die nach seiner Ansicht 650 Prozent des Einheitswertes als Preis bezahle.

Dr. Neinhäus sagte als Sprecher der CDU, daß die primäre Verantwortung beim Direktorium der Girokasse liege, aber auch das Innenministerium habe eine Reihe von Fehlern begangen. Das Innenministerium habe bestimmt nicht die goldene Regel „Man soll nicht mit Kanonen nach Spatzen schießen“ verletzt, es habe vielmehr mit Papierkugeln nach einem Elefanten geschossen. Auch der Innenminister persönlich hätte sich stärker einschalten sollen. Dr. Neinhäus bedauerte, daß der Ausschuß seiner Aufgabe nicht gerecht geworden ist, weil es ihm nicht gelungen war, festzustellen, ob die Staatsaufsicht versagt hat.

„Girokasse nicht gefährdet“
 Für die DVP führte Dr. Haußmann aus, daß allein die ordentlichen Gerichte und nicht die Legislative für die Fehlinvestitionen im Fall Bürkle zuständig seien. Die von der DG/BHE geforderte Suspendierung Dr. Kletts könne erst erfolgen, wenn irgendeine konkrete gerichtliche Entscheidung vorliegt. Die Verluste, die Dr. Haußmann mit sechs Millionen DM bezifferte, seien nicht instande, die Girokasse ernstlich zu gefährden.

Der SPD-Abgeordnete Pfleger, der den Vorsitz im Bürkle-Ausschuß des Landtags führte, wies mit aller Schärfe sämtliche von Dr. Mattes vorgebrachten Argumente zurück und warf diesem parteipolitische Geschäftemacherei vor. An der Sauberkeit sowohl des Ministerialdirektors Dr. Kiefer als auch der Mitglieder des Verwaltungsrates der Girokasse bestehe nicht der geringste Zweifel.

Zwischenfälle auf der Galerie
 Als während der Rede von Dr. Mattes die SPD-Fraktion bis auf Abg. Pfleger und die DVP-Fraktion bis auf drei Abgeordnete den Saal verließen, machten einige Zuhörer von der Galerie aus ihrem Unwillen Luft durch laute Zwischenrufe wie „das ist beschämend“ und „für was wählen wir?“. Als eine Presseberichterstatterin den fast leeren Saal fotografieren wollte, bat Landtagspräsident Keil, dies zu diesem Zeitpunkt zu unterlassen.

Während der Rede von Dr. Mattes erschienen vier SPD-Abgeordnete auf der im übrigen voll besetzten Zuschauertribüne und forderten den dort sitzenden Willy Bürkle auf, den Saal zu verlassen. Bürkle berief sich auf sein Recht als freier Bürger, den öffentlichen Sitzungen des Landtags beizuwohnen. Die SPD-Abgeordneten beschimpften Bürkle und sagten, sie würden schon Mittel und Wege finden, ihn aus dem Haus zu weisen. Bürkle kam dieser Aufforderung jedoch nicht nach. Etwa eine halbe Stunde später gab Landtagspräsident Keil eine Erklärung ab, in der er feststellte, daß zwar keine Handhabe bestehe, Bürkle aus dem Saal zu weisen, daß er es jedoch dem Taktgefühl Bürkles überlasse, ob er weiterhin auf der Tribüne

bleiben und den Landtag provozieren wolle. Bürkle hatte jedoch inzwischen bereits das Landtagsgebäude verlassen.

Spielbanken verboten
 Schließlich nahm das Plenum noch einen Initiativgesetzentwurf der DVP-Fraktion gegen vier Stimmen bei vier Enthaltungen in dritter Lesung an, der bestimmt, daß öffentliche Spielbanken in Württemberg-Baden nicht zugelassen werden dürfen. Bereits erteilte Zulassungen - wie im Falle Heidelberg - werden aufgehoben.

Der Film der Kriegsgefangenen

Rußlandheimkehrer Bamberger hatte einen Plan
 An einem kalten Januartag vorigen Jahres stand vor dem Tor zum Durchgangslager Hof-Moschendorf ein Mann in Wattejacke, Filzstiefeln und Pelzmütze. Tiefe Falten in seinem Gesicht zeugten von dem Leiden, den er durchgemacht hatte. Und in den Augen stand Unglückseligkeit. Sechs Jahre Sibirien und jetzt frei, in der Heimat - er vermochte es noch nicht zu fassen. Da fiel sein Blick auf die Reklame eines Filmtheaters. Seine Augen glänzten beinahe noch mehr. Und dann besuchte er sieben Kinovorstellungen hintereinander. Dieser Mann, einer der letzten Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft, hieß Peter Bamberger und er hatte einen Plan. Der Plan stützte sich auf ein dreiseitiges Exposé, das er in der Tasche trug. Ein Exposé über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen. Bamberger wollte darüber einen Film drehen.

In seiner Heimat angelangt, ließ sich Bamberger nicht wie viele Heimkehrer mit ähnlichen Ideen, von den zahllosen notwendigen Beibehaltungen und anderen Schwierigkeiten des „Heimfindens“ zermürben. Bamberger wollte nicht aufgeben; er wußte, daß er etwas zu sagen hatte. Er kannte Rußland von Sibirien bis zur Krim. Und er kannte den Filmbetrieb, denn er war vor seiner Gefangenennahme Aufnahmeleiter und Regieassistent gewesen. Mit Johannes Kai zusammen schrieb er das Drehbuch „Dawai-Dawai“ (Schnell, schnell), das im Rahmen einer Spielhandlung das Los der deutschen Kriegsgefangenen so objektiv wie möglich zeigen soll. Bambergers nächster Schritt war, daß er den Regisseur Franz Cap gewann.

„Pienny-Filmgesellschaft“
 Aber erst, als Fachleute und Laien, Filmverleiher und Regierungsstellen, der Heimkehrerverband und andere das Drehbuch als gut ansahen, als sie Bamberger erklärten, daß Rußland gezeigt werde, wie es die Kriegsgefangenen erlebt haben, als schließlich die bayrische und die Bundesregierung die Ausfallbürgschaften übernahmen, da erst begann Bamberger mit den eigentlichen Vorbereitungen für die Produktion. Die „Pienny-Filmgesellschaft“ entstand. Sie veröffentlichte einen Aufruf, in dem ehemalige Kriegsgefangene, „Piennys“, zur Mitwirkung an ihrem Film aufgefordert wurden. Daß in einem solchen Film keine bekannten Schauspieler zu sehen sein werden, versteht sich am Rande.

Für einen Film über russische Kriegsgefangenenlager braucht man aber auch Russen. Denn in diesem Streifen soll alles so echt wie möglich sein. Bamberger und sein Architekt Toni Bichl, der ebenfalls fünf Jahre in russischer Kriegsgefangenschaft war, fanden die Darsteller der Wachmannschaften, als sie Anfang November vorigen Jahres nach Schleißheim führen, um zu sehen, ob das dortige DP-Lager nicht in das sibirische Gefangenennager verwandelt werden konnte, das für den Film eine wichtige Rolle spielt. Unter den 4000 Russen, die dort leben, fand Bamberger, was er suchte. Unter ihnen befanden sich nämlich nicht nur ehemalige zaristische Offiziere, sondern auch kirgisische Wachsoldaten und sogar etliche frühere Angehörige der NKWD. Die russischen Mitwirkenden in dem Film „Dawai-Dawai“ sprechen ihre Texte russisch, die Darsteller der Kriegsgefangenen - unter ihnen arbeitslose, selbst früher kriegsgefangene Schauspieler - sollen deutsch oder gebrochen russisch sprechen. Den fremdsprachigen Teilen des Filmes sollen, soweit es die Verständlichkeit erfordert, einkopierte Texte unterlegt werden. Der Film „Dawai-Dawai“ kostet etwa 900 000 DM und soll schon im März dieses Jahres seine Uraufführung erleben.



„Notentypewriter“ reformiert Notenscheitern

Einen Apparat, der das zeitraubende mechanische Handstechen von Noten und Notenzeichen ersetzt, erfand Ingenieur Dr. Decker aus Reutlingen. Seine „Notentypewriter“ ist einfacher und um 25 Prozent rentabler als alle bisher gebräuchlichen Methoden. Der Stich erfolgt direkt auf Cellophanpapier und ergibt ein exaktes und künstlerisches Notenbild

Wirtschafts-Nachrichten

1,3 Milliarden DM investiert

Bericht der Lebensversicherungsunternehmen

Die Lebensversicherungsunternehmen im Bundesgebiet haben seit der Währungsreform bis Ende 1951 der Wirtschaft und dem Wiederaufbau rund 1,3 Milliarden DM in Form von langfristigen Anlagemitteln zur Verfügung gestellt. Wie der Verband der Lebensversicherungsunternehmen in Karlsruhe mitteilt, wurden allein 1951 rund 470 Millionen DM für diese Zwecke freigegeben, 55 bis 60 Prozent der anlagefähigen Mittel, das sind rund 700 Millionen DM, kamen seit der Währungsreform dem Wohnungsbau zugute, vorwiegend als erste Hypotheken. Von den restlichen Kapitalanlagen entfallen 15 Prozent auf Industriekredite, 13 Prozent auf Kommunalkredite und 10 Prozent auf Wertpapier-Emissionen. Nach der gleichen Mitteilung haben sich die Lebensversicherungsunternehmen bereit erklärt, 70 Millionen DM, die nicht auf die Investitionshilfe angerechnet werden, für die zusätzliche Förderung des Ausbaus der Grundstoffindustrie beizusteuern.

Allein unter den für Todesfälle abgeschlossenen Versicherungen wurden seit der Währungsreform bis Ende 1951 mehr als 700 Millionen DM ausgezahlt. Die Auszahlungen im Jahre 1951 lagen mit 220 Millionen um zehn Prozent über jenen des Vorjahres.

Die gute Entwicklung des Neugeschäftes hielt auch im Jahre 1951 an. Mit 3,7 Millionen Verträgen lag der Neuzugang um acht Prozent über dem Ergebnis des Vorjahres. Die Gesamtversicherungssumme erhöhte sich gegen 1950 um annähernd zehn Prozent und betrug Ende 1951 3,7 Milliarden DM. Stärker als in der Großlebensversicherung ist die Zunahme des Neuzuganges in der Kleinlebensversicherung, deren Anteil sich von 37 Prozent im Jahre 1950 auf 40 Prozent in diesem Jahre erhöhte. Auch die Gruppenversicherung hatte einen beachtlichen Aufschwung zu verzeichnen.

Der Preis-Index steigt weiter

Am stärksten bei den Nahrungsmitteln

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, ist von Mitte Oktober bis Mitte November der Lebenshaltungskosten-Index um etwa ein Prozent gestiegen, und zwar am stärksten bei Nahrungsmitteln, unter denen sich Frischobst, Gemüse, Kartoffeln, Fische, Eier und, als Folge der Zuckerpreissteigerung, die zuckerhaltigen Erzeugnisse im Preis erhöhten. Insgesamt sei mit einer durchschnittlichen Erhöhung der Nahrungsmittelpreise um rund zwei Prozent zu rechnen. Außerdem seien die Verbraucherpreise für Kohle, Brennholz und Hausratgegenstände gestiegen, während sich die Preise für Textilien und Schuhwaren noch überwiegend schwach rückläufig entwickelten.

Auch die Erzeugerpreise für industrielle Produkte im Bundesgebiet haben sich im Oktober gegenüber dem Vormonat um durchschnittlich 1,5 Prozent auf 224 Prozent des Standes von 1938 erhöht. Der stärkste Preisanstieg ist gegenüber dem Vormonat bei den Erzeugnissen der Indexgruppen Sägerei und Holzbearbeitung (11,5 Prozent) sowie „Nahrungsmittel“ (3,6 Prozent) zu verzeichnen. Auch in den Indexgruppen NE-Metalle, Lederwaren und Elektrotechnik stiegen die Erzeugerpreise infolge wesentlicher Erhöhungen der Rohstoffpreise an.

USA wollen Holz zur Verfügung stellen

Ständige Aufwärtsentwicklung der Preise

Die westeuropäischen Nutzholzpreise haben, wie dem neuesten Bericht der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) zu entnehmen ist, ihre Aufwärtsentwicklung weiter fortgesetzt. Die Preise für Holzschiff und Grubenholz seien noch um 20 bis 25 Prozent gestiegen. Die Preissteigerungen am Holzmarkt hätten sich bisher zwar noch nicht auf den Verbrauch ausgewirkt, ja jedoch die Erhöhung des Preisniveaus für Bauholz viel stärker gewesen sei als bei anderen Baustoffen, bestehe die Möglichkeit, daß die Preissteigerung künftig stärkeren Einfluß auf den Verbrauch und damit auch die Bauaktivität erhalte.

Die ECE bezeichnet die Versorgungslage sowohl bei Schnittholzfällen als auch bei Grubenholz als „nicht befriedigend“. Die Lage ließe jedoch noch keinen Anlaß zur schwerwiegenden Berücksichtigung. Zur Deckung des dringenden Bedarfes in Europa stehe Holz aus den USA zur Verfügung. Auch sei zu wünschen, daß die osteuropäischen Staaten, insbesondere die Sowjetunion, künftig wieder mehr Holz nach den westeuropäischen Staaten liefern.

Bildung eines Produktivitäts-Rates

Zur Verwirklichung des Produktionshilfe-Programms

Die Bildung eines sogenannten Produktivitäts-Rats zur Verwirklichung des von der ECA ausgearbeiteten Produktionshilfe-Programms wird zur Zeit von der Bundesregierung vorbereitet, wie aus Bonn verlautet. Diesem Rat sollen neben Vertretern der Ministerien für den Marshallplan, Wirtschaft und Arbeit auch Repräsentanten der Unternehmer, Arbeiter und Konsumenten angehören.

Die Grundzüge eines solchen Rats wurden auf einer Veranstaltung in Godesberg vorgezogen, wobei sich die Vertreter der Unternehmenswelt bereit erklärten, an diesem Programm mitzuwirken.

Vizekanzler Blicher unterstrich in einer Rede die Notwendigkeit, den auslaufenden Marshallplan unter das Zeichen der Produktivitätssteigerung zu stellen. Diese Aufgabe sei für die Bundesrepublik, die auf vielen Gebieten noch weit hinter dem Leistungsstand der Vorkriegszeit zurückgeblieben sei, besonders bedeutsam. „Je mehr Leistung wir aus jeder einzelnen aufgewendeten Arbeitsstunde herausholen können, um so größer sind die Aussichten für eine angemessene Ausweitung des Sozialprodukts, für eine Kostensenkung und damit nicht nur für die Sicherung des Wettbewerbs, sondern auch für die Erhaltung unserer inneren finanziellen Stabilität und für die Sicherung des Realinkommens“, erklärte der Vizekanzler. Leistungssteigerung als staats- und wirtschaftspolitische Aufgabe bedeute im übrigen mehr als nur technische Rationalisierung.

Entflechtung der Elektro-Industrie

Keine Einheits-Herstellerpreise mehr

Die Arbeitsgruppe für Dekartellisierung und industrielle Entflechtung (DIDEG) der Hochkommission hat die Hersteller von elektrischem Zubehör und die Glühbirnen-Industrie angewiesen, jedes den freien Wettbewerb einschränkende Geschäftsgeheimnis einzustellen und künftig zu unterlassen. Wie die Hochkommission mitteilt, sind demnach Übereinkommen über Herstellerpreise, über Absatz- und Verkaufsbedingungen und über Rabatt- und Diskontbeträge oder Vergünstigungen für Kunden untersagt. Der elektrische Geräte-Industrie verbiete die Verfügung außerdem den Beitritt zu internationalen Kartellen, den Abschluß von nichtstaatlichen Abkommen mit ausländischen Herstellern über die Festsetzung von Preisen, eine gebietsmäßige Abgrenzung von Bezirken, innerhalb deren Grenzen bestimmte Firmen elektrische Ausrüstungsgegenstände verkaufen dürfen. Auch ist die Festsetzung von Quoten oder des Verkaufsvolumens untersagt worden.

Den Verbänden sei es untersagt, Preisinformationen bekanntzugeben, die ihre Mitglieder bei der Kalkulation beeinflussen könnten. Die Hersteller sollen unverzüglich Schritte unternehmen, um einzeln ihre Verkaufspreise zu kalkulieren und zwar „ohne zentrale Anleitung“ durch ihren zuständigen Verband und ohne Informationsaustausch mit anderen Herstellerfirmen.

Die Verfügungen richten sich gegen folgende Verbände und Firmen: 1. in der Industrie für Elektrozubehöre: a) Zentralverband der elektrotechnischen Industrie, e.V., (ZVEI) Frankfurt am Main, b) Fachabteilung Installationsmaterial im Zentralverband der elektrotechnischen Industrie e.V., (ZVEI) Frankfurt/Main, 2. in der Glühbirnenindustrie: a) Zentralverband für elektrische Lampen im ZVEI e.V., Frankfurt/Main, b) Fachabteilung elektrischer Lampen im ZVEI, e.V., Frankfurt, c) Osram GmbH, Heidenheim/Brenz, d) Radium-Elektrolite-Gesellschaft mbH, Wipperfurth (Nordrhein-Westfalen), e) Philips-Valvo-Werke GmbH, Hamburg.

Visa werden beschleunigt erteilt

Die Bourse de Commerce in Straßburg hat erwirkt, daß süddeutsche Kaufleute für Geschäftsreisen nach Frankreich das Visum beschleunigt erteilt wird, wenn die Namen der Antragsteller nebst Angabe von Geburtsort und -datum, Beruf und Wohnsitz listenmäßig vorgelegt werden. Die Industrie- und Handelskammer Baden-Baden ersucht alle Interessenten, die geforderten Angaben bis spätestens zum 15. Januar einzureichen.

Main-Donau-Kanal wird ausgebaut

Stautufen und Kraftwerke im Entstehen

Die „Rhein-Main-Donau-AG“ will, wie der bayerische Wirtschaftsminister Dr. Hans Seidel in seiner Eigenschaft als erster Vorsitzender des Aufsichtsrates anlässlich des 30jährigen Bestehens der Gesellschaft erklärte, durch die Kanalisierung des Maines bis Bamberg, durch den Bau eines Kanals von Bamberg zur Altmühl und durch Kanalisierung der Altmühl eine für 1500 t-Schiffe befahrbare Verbindung zwischen dem Stromgebiet des Rheines und der Donau herstellen. Ferner soll die Donau durch Fortführung der Niederwasserregelung zu einer voll schiffbaren Wasserstraße gemacht werden. Dr. Seidel vertrat die Ansicht, daß die Rhein-Main-Donau-Verbindung ein ökonomischer Baustein für eine neue europäische Ordnung sein werde. Sie biete außerdem eine der wichtigsten Voraussetzungen, die Mangelerscheinungen in der Versorgung mit Kohle, Eisen und Stahl sowie elektrischer Energie zu überwinden und die Leistungsfähigkeit des deutschen Verkehrsweises zu erhöhen. Drei neue Stautufen mit Kraftwerken sind am Main bereits fertiggestellt. Die Stufen Goltmannsdorf am Main und das Kraftwerk Elgäu am Lech stünden vor der Vollenendung. Vier weitere Großstautufen am Main seien in Arbeit. Die Vorbereitungen für das größte Flußkraftwerk Deutschlands an der Donaustufe bei Jochenstein seien ebenfalls im Gange. Das neue deutsch-österreichische Kraftwerk werde über eine Leistung von 140.000 Kilowatt und eine Jahreserzeugung von nahezu einer Milliarde Kilowattstunden verfügen.

Wieder deutsch-französische Besprechungen

Die kurz vor Weihnachten 1951 unterbrochenen deutsch-französischen Handelsbesprechungen werden am 19. Januar in Paris wieder aufgenommen. In diesem Zusammenhang wurde von offizieller Seite erklärt, beide Verhandlungspartner hätten die Verhandlungspause für eine nochmalige Überprüfung der bei den bisherigen Besprechungen aufgetretenen Probleme benutzt. Dies gelte vor allem im Hinblick auf die Frage der deutschen Kohlenlieferungen. Frankreich sei an einer Regelung interessiert, die eine Kürzung der Kohleneinfuhren aus dem Dollarraum möglich mache. Man strebe an, so wenig wie möglich von den zu erwartenden Dollarbeiträgen, die von den USA unter dem gegenseitigen Sicherheitsprogramm zur Verfügung gestellt würden, von den rein militärischen Aufgabenfeldern für wirtschaftliche Zwecke abzweigen zu müssen.

Sterlingblock-Reserven um 25% verringert

Die Gold- und Dollarreserven des Sterling-Blockes haben sich im letzten Vierteljahr 1951 um den Rekordbetrag von 934 Millionen Dollar verringert und mit 2335 Millionen Dollar am 31. Dezember vergangenen Jahres den niedrigsten Stand seit dem 1. Quartal 1950 erreicht. Der jetzt vom britischen Schatzamt bekanntgegebene Rückgang entspricht rund 25 Prozent der Ende Juni 1951 insgesamt verfügbaren Gold- und Dollar-Reserven des Sterlinggebietes.

Das deutsche Vermögen in der Schweiz

Mit baldiger Freigabe ist zu rechnen

Die Eigentümer deutscher Vermögen in der Schweiz können mit einer Freigabe ihrer Vermögen rechnen, wenn die Alliierten ihre Zustimmung auf dem Gebiet der deutschen Auslandvermögen aufgeben. Dies wurde von zuständiger Seite in Bonn erklärt. Es wurden Berichte aus Bern bestätigt, wonach die Alliierten es nicht grundsätzlich ablehnen, auf die Liquidation und Konfiskation des deutschen Vermögens in der Schweiz zu verzichten, wenn eine Ablösungssumme zur Deckung der eigenen Forderungen gezahlt würde. In Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Schweiz sei ein Ablösungsplan ausgearbeitet worden. Die Bundesregierung habe sich bereit erklärt, die Ablösungssumme in Höhe von 80 bis 100 Millionen Schweizer Franken vorzuschüsse zu zahlen, um so die mögliche Freigabe des deutschen Vermögens in der Schweiz zu erleichtern und zu beschleunigen. Der Liquidationswert des gesperrten deutschen Vermögens in der Schweiz belaufe sich annähernd auf 300 Millionen Schweizer Franken.

Wie aus Schweizer Regierungskreisen verlautet, ist die Rückgabe solcher Vermögenswerte nicht möglich, deren Wertminderung oder kostspieliger Unterhalt die schweizerische Verrech-

nungstelle in Zürich bereits vor langer Zeit zur völligen oder teilweisen Liquidierung dieser Werte gezwungen habe. Hierbei handelt es sich jedoch nur um vereinzelte Fälle, in denen nach Äußerungen der genannten Kreise nicht möglich sein wird, den status quo ante wiederherzustellen. Der in diesen Fällen erzielte Erlös aus der Umwandlung sei auf Sperrkonto eingezahlt worden, der nach einer Auflösung des Abkommens von Washington den Inhabern zur Verfügung gestellt würde. Man könne heute noch nicht sagen, wann die Besprechungen abgeschlossen würden und der neue Ablösungsplan in Kraft treten werde. Die Auflösung des Washingtoner Abkommens bzw. seine Umänderung in einen Ablösungsplan müßten erst vom schweizerischen Parlament genehmigt werden. Dies könne kaum vor März dieses Jahres erfolgen.

Deutsch-schwedisches Warenabkommen

Deutsche Bezugswünsche „voll befriedigt“

Wie das Bundeswirtschaftsministerium in Bonn bekanntgab, konnten die in der ersten Novemberhälfte 1951 in Stockholm aufgenommenen deutsch-schwedischen Wirtschaftsverhandlungen für das Jahr 1952 mit der Paraphierung eines zweiten Protokolls zum geltenden Warenabkommen vom 26. Januar 1951 abgeschlossen werden. Das neue Abkommen sieht gegenüber dem Jahr 1951 eine Steigerung der deutschen Ausfuhr um rund 55 Millionen auf 285 Millionen Dollar end auf der Einfuhrseite eine Erhöhung um rund 60 Millionen auf 260 Millionen Dollar vor. Trotz der Liefer-Rückstände bei Kohle und Koks, die im vergangenen Jahre zeitweilig zur Einstellung der schwedischen Erz-Lieferungen geführt hatten, konnte die deutsche Kohlen- und Koksexportmenge für 1952 von 2,45 Millionen auf 2,36 Millionen Tonnen ermäßigt werden. Demgegenüber werden die schwedischen Eisenerz-Lieferungen in diesem Jahre von 4,85 Millionen auf 5,25 Millionen Tonnen erhöht werden. Die schwedische Forderung nach einem Schrottkontingent in gleicher Höhe des Vorjahres (100.000 Tonnen) mußte angesichts der außergewöhnlichen Schrottknappheit in der Bundesrepublik abgelehnt werden. Die Ausfuhr lohnintensiver deutscher Fertigwaren — soweit diese nicht auf der schwedischen Freiliste stehen — wurde von 22 Millionen Dollar auf 30 Millionen oder um rund 40 Prozent erhöht.

Auf der Einfuhrseite wurden die deutschen Bezugswünsche für Holz (125.000 Standardzellstoff (231.000 Tonnen), Edeldahl (20.000 Tonnen) und Papier bis auf Faserholz voll befriedigt. Das bisherige Einfuhrkontingent für Butter in Höhe von 14.000 Tonnen mußte im Rahmen der allgemeinen Senkung der deutschen Einfuhrkontingente auf 900 Tonnen ermäßigt werden. Hierbei wurde jedoch von schwedischer Seite zur Bedingung gemacht, daß die vereinbarten Mengen den Marktanteil an der deutschen Gesamteinfuhr von Butter in den Jahren 1950 und 1951 nicht unterschreiten dürfen.

Gesetz Nr. 32 wird suspendiert

UB-Entflechtung ohne alliierte Kontrolle

Die Hochkommission hat, wie der Informationsdienst der Bundesregierung mitteilt, beschlossen, bei der Annahme des deutschen Gesetzesentwurfes über die Abwicklung und Entflechtung des ehemaligen reichseigenen Filmvermögens das alliierte Gesetz Nr. 32 (Lex UB) in vollem Umfang zu suspendieren. Die Hochkommission begrüßte am 8. Dezember in einer Note an die Bundesregierung die deutsche Zusage, daß über das ehemalige reichseigene Filmvermögen nicht zu Gunsten von Personen verfügt wird, von denen mit gutem Grund angenommen werden kann, daß sie den in Paragraph 1 des deutschen Entwurfes niedergelegten Grundsätzen zuwiderhandeln würden. In diesem Paragraphen wird der Grundsatz aufgestellt, daß eine gesunde, vom Staat unabhängige und auf demokratischen Grundsätzen beruhende Filmwirtschaft in der Bundesrepublik durch das deutsche Gesetz über die Abwicklung und Entflechtung geschaffen werden soll.

Die Suspendierung des alliierten Gesetzes Nr. 32 soll unter Berücksichtigung der von der Bundesregierung gegebenen Zusage und in der Annahme erfolgen, daß die Einhaltung der Grundsätze des Paragraphen 1 durch die Anwendung geeigneter Maßnahmen gewährleistet wird. Die Suspendierung wird erfolgen, ohne daß sich die Hochkommission ein Interventionsrecht in Bezug auf die Eignung der Personen vorbehält, die als Käufer zugelassen werden und die auf Grund der Bestimmungen des deutschen Gesetzesvermögens Filmvermögen erwerben.



ROMAN VON HARALD BAUMGARTEN

Copyright by Carl Dunker, Berlin, durch Verlag v. Grabig & Gög, Wiesbaden

(I. Fortsetzung)

Die Tür, über der das Schild „Privat! Eintritt verboten!“ hing, öffnete sich. Thiele schob Frau Erna Spiekermann mit geschmeidiger Zärtlichkeit vor sich her. Er neigte sein lästiges Gesicht über ihre Schulter. „Verzeih, Ernachen, aber ich muß heute noch einmal weg. Geschäfte, weißt du?“ flüsterte er ihr ins Ohr.

Die Frau verzog schmelzend den Mund. „Wirklich nur in Geschäften? Du darfst mich nicht enttäuschen, Hugo.“ Sie gab ihm einen kleinen, verliebten Stoß mit der Schulter und ging auf die Gäste zu. Sie war groß und üppig. Ihr Mund schien stets bereit, lebenswürdige Worte auszusprechen. Ihre Augen hatten einen naiven, aber habgierigen Glanz. Ueber der runden Stirn transten sich schwarze Ponylöcher.

Thiele pfiff die leichtsinnige Melodie des Schlagers mit. Er warf nachlässig ein Geldstück vor den Mixer hin, „nen großen Weinbrand!“ Statt aller Antwort stützte Geiselbrecht die Fäuste auf die Tischplatte. „Sie sollten hier nicht so angeben, Herr Thiele. Ich werde der Frau mal ein Licht über Sie aufstecken!“

Die mageren Wangen Thieles färbten sich rot vor Wut. „Halten Sie Ihren Schnabel! Ich bin hier Gast und Sie der Kellner! Verstehen Sie? Noch ein unverschämtes Wort und ich sorge dafür, daß Sie rausfliegen!“

Die Spiekermann hatte den erregten Wortwechsel gehört. Sie warf dem Mixer einen empörenden Blick zu.

Geiselbrecht biß die Zähne fest aufeinander. „Ich komme schon noch auf Ihre Schliche“, murmelte er unterdrückt und goß den Weinbrand ein.

Thiele kippte ihn hinunter. Großspurig wandte er sich um. „Tjus, Erna. Ich gebe jetzt.“

Sofort stand Sie von dem Tisch der Seeleute auf. „Ich begleite dich vors Haus“, lächelte sie.

Auf dem Flur war es halbdunkel. Im Hintergrund führte die Treppe in Windungen zu den Zimmern hinauf.

Frau Spiekermann schmeigte sich eine Sekunde lang dicht an Thiele. „Du machst doch keine gefährlichen Geschichten, Hugo?“

Keine Sorge, Ernachen! Ich unternehme nie etwas, was mit den Gesetzen nicht im Einklang steht. Dazu solltest du mich doch zu gut kennen. Ich kassiere nur 'ne alte Schuld. Ist ein tüchtiger Brocken Geld. Wir können das Hotel renovieren lassen. Das ist doch dein Lieblingswunsch, wie?“

Zweifel glommen in ihren Augen auf. „Manchmal glaube ich dir gar nichts, Hugo. Manchmal denke ich.“

„Was denn, Schatz?“

„Daß der Geiselbrecht recht hat, wenn er mich vor dir warnt.“

Milmutig schlug Thiele den Kragen seines hellen, halblangen Sommermantels hoch. Er sprach schnell und etwas undeutlich. „Den Mixer schmeißen wir raus, wenn wir zwei erst zusammen sind. Ein Halunke, dieser Bursche, Hockt immer mit der Barfrau zusammen und intrigiert gegen mich. Das könnte dem Habentisch so passen, sich hier ins warme Nest zu setzen!“

„Ich kenne ihn schon seit fünf Jahren. Eigentlich...“

Stürmisch ergriff Thiele ihre vollen Schultern. „Aber Ernachen! Ich tue ja alles nur deinetwegen.“

„Was tust du meintwegen? Hängt das mit heute abend zusammen?“

Er schnalpte verwegend an seiner Melone. „Ich rede nie über Geschäfte, ehe sie nicht perfekt sind. Tjus, Schatz.“ Er gab ihr einen Kuß auf die Wangen und stieg die steinernen Treppen auf die Straße hinunter. Hinein in den Nebel. Frau Spiekermann sah ihn plötzlich nicht mehr. Es war, als habe ihn der milchige Dunst für immer aufgesogen.

Die Laternen schimmerten wie winzig gelbe Lichtstümpfen. Laut und drohend schrien

die Nebelhörner. Vom Stintfang her bellten Schüsse. „Hochwasser — Hochwasser!“

Frau Spiekermann legte die Hand auf Herz. Es schmerzte sie plötzlich. Erschreckt ruckte sie zusammen, als sich eine Hand auf ihren Arm legte. Sie fuhr herum und starrte dem Mixer ins Gesicht. „Geiselbrecht — was fällt Ihnen ein? Wohin wollen Sie denn? Sie haben doch in der Bar zu tun.“

Ein weicher breitrandiger Hut verschattete das Gesicht des Mixers. Er hatte sich seinen dicken Ullster über das weiße Jackett gezogen. „Ich nehme mir Ausgang, Frau Spiekermann. Es ist mir gleich, wenn Sie mich raus-schmeißen. Ich sehe es mir nicht länger mit an, wie Sie in Ihr Unglück rennen. Ich will wissen, was der Thiele vor hat.“

Flach und hastig ging der Atem der Frau. Sie suchte nach einer Antwort. Aber ehe sie sich fassen konnte, ging der Mixer an ihr vorbei. Der Nebel verschlang ihn, genau so wie vorhin den Weinreisenden Hugo Thiele.

Ein Frösteln lief der Frau über den Rücken. Einer von den beiden muß weg! dachte sie; so geht es nicht länger.

Sie drehte sich um, ging die paar Schritte zur Bar zurück und öffnete die Tür. Vom Luftzug angepakt wehte ihr das Reklameplakat des Zirkus Vitos Straßbeck wie eine Fahne entgegen. Thiele hatte es neben der Tür aufgehängt.

Laute Rufe, kreischende Musik, Wärme, Licht, Fröhlichkeit empfingen die Frau. Gewaltsam mußte Frau Erna Spiekermann, Besitzerin des altbekannten Hotels Spiekermann am Hafn zu Hamburg, eine plötzlich aufsteigende Angst unterdrücken, als sie auf den Tisch der Gäste zuging.

II.

Der ganze Wagen, in dem der Elektromonteur Fritz Rapp arbeitete, wackelte hin und her, so ratterten die Schwungräder, um deren blitzendes Rund die gewaltigen Treibriemen gleich unheimlichen, sich windenden Riesenschlangen schossen. Sorgfältig setzte Rapp die Oelkanne an. Die Maschinen der Lichtanlage des Zirkus Straßbeck mußten heute alles hergeben.

Denn es war Vorstellung, Galavorstellung zu Ehren des Direktors Vitos Straßbeck, der heute sein 25jähriges Jubiläum feierte. Wie eine Garde standen die Uniformierten am Haupteingang des roten Ringes. Das Licht glitzerte auf den vielen goldenen Schnüren und den goldverbrämten Achselklappen der Stallmeister; es stürzte sich auf das Straßenkostüm des Zwerges Willi, der neben dem Manegeeingang C stand und, von dem schweren Rot der Portiere verdeckt, in den Ring starrte, in dem eben die Schwestern Junghoff in ihrem Equilibristiktakt exzerzierten.

Unermüdlich wie ein Roboter aus Stahl und Eisen galoppierte der dicke Schimmel „Allons-Allons“ an der Piste entlang. Auf dem mit grünem Samt bezogenen Brett, das sein breiter Rücken trug, stand Lilli im kurzen Ballettröckchen, die kräftigen, schlanken Beine weiß überpudert. Auf Lillis Schultern balancierte die schmale immer lachende Franzl — und hoch über ihr — nur von Franzis Armen gestützt drehte sich die süße, zarte Jetta wie ein Federflaum in ihrem Gewand aus Schwannepelz.

Heiß und drückend war die Luft in dem hohen Zeit. Auf den Bänken saßen die Menschen dicht gedrängt.

Die Musik auf der Estrade beim Haupteingang A schmetterte ihre flotten Märsche. Der Kapellmeister Dobrovan galt als der beste Zeitmeister des Kontinents. Jetzt schwang er den Taktstock und sah in seiner braunen Zigeuneruniform in die Manege hinunter, denn gleich mußte er abwinken.

Gleich kam der große Trick der Schwestern Junghoff; dann gab es einen dumpfer Trommelwirbel, der, leise beginnend, zu immer stärkerem Furioso sich steigerte, bis er sich endlich — nachdem die Spannung unerträglich wurde — in einem schmetternden Tusch löste, wenn der Trick gelungen war.

Das Herz des Zwerges Willi klopfte ängstlich. Gleich würde sich Jetta auf die Schultern der älteren Schwester stellen — und dann kam der Salto. Der gefährliche, erschreckende Salto von oben herab in den Sand der Manege.

(Fortsetzung folgt)